

ONLINE- ZUGANGS- GESETZ

WAS KOMMUNEN JETZT WISSEN MÜSSEN

Containerisierung
Turbo fürs E-Government

Servicecenter
AKDB hilft in jeder Lage

Jubiläum
kommlT GmbH wird 20

Gastbeitrag
Dr. Tobias Plate
Referatsleiter Bundes-
kanzleramt



HELDEN DER VERWALTUNG

Nº 23

**Tag gerettet.
Dank Dashboard.**

In Bürgerbüros herrscht Hochbetrieb. 1000 Anliegen und alles möglichst zack-zack! Umso wichtiger, Kennzahlen stets vor Augen zu haben. Und frühzeitig zu handeln, wenn's brennt. Mit dem neuen OK.EWO Dashboard bleibt alles im Blick. Für Bürgerbüroleiter, die Bürgern täglich den Tag retten.



**Wer hat
eigentlich gesagt,
Verwaltung sei
langweilig?**



Liebe Leserinnen und Leser,

„Die Zeiten der Absichtserklärungen, auf die keine unmittelbaren Taten folgen, scheinen endlich vorbei zu sein.“

Bund und Freistaat machen in Sachen E-Government und Digitalisierung der Verwaltung ernst. Glauben Sie nicht? Ist aber so. Auf dem Zukunftskongress Staat & Verwaltung in Berlin war das in sehr vielen Vorträgen zu spüren. Besonders Schirmherr Horst Seehofer kam in seiner Keynote schnell zur Sache: Bei 575 Online-Diensten, deren Umsetzung das Onlinezugangsgesetz (OZG) bis 2022 vorschreibt, entscheide der Anwender über die Nützlichkeit, deswegen sei es nicht damit getan, ein Papierformular ins Internet zu stellen.

Die Zeiten der Absichtserklärungen, auf die keine unmittelbaren Taten folgen, scheinen endlich vorbei zu sein. Sowohl in Bundes- wie Landesministerien finden mit bemerkenswert viel Enthusiasmus Digitalisierungs-Workshops statt. Bei der Umsetzung wird das von der AKDB entwickelte Servicekonto Bund eine zentrale Rolle spielen. Ohnehin setzt das OZG den Schulterschluss von Bund, Ländern und Kommunen voraus. Das wird auch im Beitrag von Dr. Tobias Plate, Referatsleiter im Bundeskanzleramt, deutlich (Seite 8). Der AKDB kommt als Betreiber des Bürgerservice-Portals und diverser Serviceketten (für Bürger, Unternehmen und den Bund) eine wichtige Mittlerrolle zu. Dass dem Freistaat Bayern die Umsetzung des OZG noch vor dem Stichtag 2022 wichtig ist, wird mit einem bereits angekündigten Förderprogramm deutlich. Wir halten Sie dazu aktuell auf dem Laufenden (Seite 10).

Im Rahmen der OZG-Umsetzung werden viele Verwaltungsservices in Online-Portalen nebeneinander ihren Dienst verrichten. Das kann nur dann störungsfrei und pflege-

leicht gelingen, wenn die einzelnen Dienste in einer Art Applikations-Container gekapselt sind. Diese lassen sich in der virtuellen Softwarewelt schnell und unproblematisch mit neuen Funktionen aktualisieren, ohne dass das Drumherum davon gestört wird. Die AKDB ist mit ihrer Generation M technologischer Vorreiter. Was Ihnen das bringt? Vor allem einen stressfreien OZG-Betrieb durch die AKDB und ein Höchstmaß an Investitionssicherheit. Wie vorteilhaft solche Anwendungen sind, davon können Sie sich am AKDB-Stand auf der Kommunale in Nürnberg am 16. und 17. Oktober überzeugen, zu der ich Sie jetzt schon sehr herzlich einlade, mehr dazu ab Seite 16!

Wie Sie ganz cool bleiben, wenn Sie und Ihre Mitarbeiter durch Personalengpässe ins Schwitzen kommen, haben wir Ihnen plakativ in der Heftmitte zum Aufklappen verdeutlicht. Den strategischen Umgang mit dem Thema Personalmangel verrät uns Carsten Köppl im Interview auf Seite 24. Bei so viel „heißen Themen“ ist es höchste Zeit für die bayerischen Sommerferien. Genießen Sie die Sommerfrische – bevorzugt in den kühlen, frühen Morgenstunden, und kommen Sie gut erholt und aufgetankt aus dem Urlaub zurück. Denn es gibt für die kommunale Familie wie immer viel zu tun!

Herzliche Grüße, Ihr

Wolfram Weisse
Leiter Vertriebsmarketing und
Unternehmenskommunikation

Was Kommunen wissen müssen Onlinezugangsgesetz

10

GASTBEITRAG

- 8** Verwaltungsdigitalisierung als Chance sehen
von Dr. Tobias Plate, Referatsleiter
im Bundeskanzleramt

SCHWERPUNKT OZG

- 10** **Onlinezugangsgesetz**
Förderung vom Freistaat nutzen
- 12** **Verwaltungsmitarbeiter mitnehmen!**
Zukunfts-kongress Staat & Verwaltung 2019
in Berlin
- 14** **Containerisierung und Microservices**
Turbo fürs E-Government

PERSÖNLICH

- 41** **Nachgefragt**
Interview mit Shubhangi Hote

NEWS

- 6** **waldwasser und AKDB kooperieren**
Software-Vertriebs GmbH gegründet
- Neue Karriereseite der AKDB**
Willkommen in der Anstalt
- 7** **Hausmesse Unterfranken und Techniktage**
Kunden stellen sich digitalen
Herausforderungen
- Servicekonto Hessen**
Urkunden jetzt auch mobil beantragen

MESSEN & VERANSTALTUNGEN

- 16** **Pflichttermin für Kommunen**
KOMMUNALE 2019 in Nürnberg
- 38** **Immer das Ohr am Markt**
kommit feiert zwanzigjähriges Jubiläum





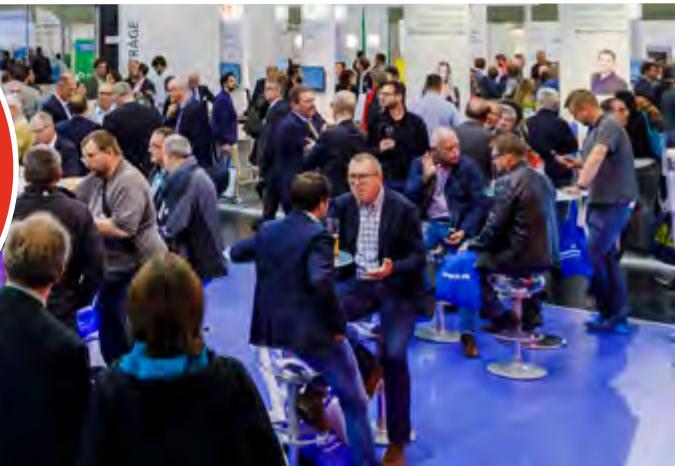
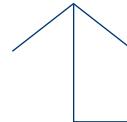
KOMMUNALE 2019
16. und 17. Oktober

Messe Nürnberg,
Halle 9,
Messestand 9-344
Besuchen
Sie uns!

Immer gut informiert:

Der Newsletter „AKDB aktuell“
bietet alles Wissenswerte rund
um die kommunale IT.

Jetzt anmelden unter
www.akdb.de/newsletter



KUNDEN & LÖSUNGEN

- 20** Richtig wählen!
OK.VOTE im Einsatz bei der Gemeinde Ahorn
- 22** Personalmangel, Zeitdruck, Aufgabenstau?
Die AKDB hilft mit Servicecentern!
- 27** AKDB-Klickbrief
Sie klicken, wir drucken und versenden
- 28** Eine saubere Lösung
Service Personalabrechnung bei der Isar-Loisachgruppe
- 30** Großprojekt Datenschutz:
Gemeinde Pöcking nutzt Dienste der GKDS
- 32** Agile digitalisierte Jugend- und Sozialämter
OK.JUS – moderne SYNERGO®-Software im Einsatz
- 35** Antrag – Vergabe – Kitaplatz!
Feuchtwangen nutzt Online-Dienst zur
Kitaplatz-Bedarfsanmeldung

RECHT & VERWALTUNG

- 24** „Wir brauchen sie alle, die jungen Leute“
Nachwuchsmangel in der Verwaltung
- 40** Ein Auto zulassen, ohne Schlange zu stehen
i-Kfz Stufe 3 ersetzt bisherige Stufe 1 und 2

STANDARDS

- 3** Editorial
Wolfram Weisse, Vertriebsmarketing
und Unternehmenskommunikation
- 43** Vorschau
Themen der Ausgabe 03|2019
- Impressum



Die AKDB hilft!

22 Wimmelbild in der Heftmitte
zum Aufklappen & Heraustrennen

Zusammenarbeit der beiden öffentlich-rechtlichen Einrichtungen

waldwasser und AKDB kooperieren



waldwasser und AKDB haben ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet und kooperieren beim Vertrieb der Software waldwasser. Von links: Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter (Verbandsvorsitzender des Zweckverbandes), Rudolf Schleyer (AKDB) und Hermann Gruber (Werkleiter waldwasser).

waldwasser – der Zweckverband Wasserversorgung Bayerischer Wald – und die AKDB haben ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet und kooperieren beim Vertrieb der Software waldwasser sowie ihrer Bereitstellung aus dem Rechenzentrum.

Um gesetzliche Vorgaben und Anforderungen der Rechtsaufsichtsbehörde zur interkommunalen Zusammenarbeit zu erfüllen, haben der Zweckverband und die AKDB ein Gemeinschaftsunternehmen als Software-Vertriebs GmbH & Co. KG gegründet. Es übernimmt bestehende Kundenverträge und den Vertrieb an Neukunden. Der Betrieb der Software erfolgt im Auftrag des Gemeinschaftsunternehmens im Rechenzentrum des Zweckverbandes.

Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter, Verbandsvorsitzender des Zweckverbandes, zeigte sich zufrieden: „Für die bestehenden Nutzer von waldwasser bietet die Kooperation mit der AKDB als öffentlich-rechtlicher Partner ein maximales Maß an Kontinuität und Verlässlichkeit.“ Auch Rudolf Schleyer von der AKDB betonte die positiven Impulse für die Zukunft: „Die Zusammenarbeit der beiden öffentlich-rechtlichen Einrichtungen schafft eine Grundlage für den weiteren Ausbau eines erfolgreichen Software-as-a-Service-Angebotes.“ ■

Neue Karriereseite der AKDB

Willkommen in der Anstalt

Mit einem neuen Karriereportal wirbt die AKDB um Mitarbeiter. Auf karriere.akdb.de wird man mit dem augenzwinkernden Hashtag #WillkommenInDerAnstalt empfangen. Und zwar von echten Fürsprechern: den Mitarbeitern der AKDB.

Modern, übersichtlich und smartphonetauglich: So zeigt sich die neue Karriereseite der AKDB, die nutzerfreundlich und responsiv Einblicke in Aufgaben und Abteilungen bietet. Im Mittelpunkt stehen AKDB-Mitarbeiter aus unterschiedlichsten Fachbereichen. Es sind Software-Entwickler, Kundenberater, Vertriebsmitarbeiter, Produktexperten oder Systemadministratoren. Und sie kommen aus der ganzen Welt: 23 Nationalitäten sind bei der AKDB vertreten.

Die Idee dahinter: Keiner kann authentischer Einblicke ins Unternehmen gewähren als dort arbeitende Mitarbeiter. Sie stellen sich und ihre Arbeit vor und erklären, warum die AKDB für sie ein Arbeitgeber erster Wahl ist: wegen des exzellenten Miteinanders und wegen der gemeinsamen Mission – eine digitale und bürgerfreundliche Verwaltung. ■

**NEUE
Karriereseite!**
karriere.akdb.de

Von der Verwaltungsgemeinschaft Bad Brückenau waren (von rechts im Bild) Frank Geier, Kassenverwalter, Sabina Bolz, Kämmerin, und Lothar Ziegler, Kämmerer, gut gelaunt nach Würzburg gekommen. Links Adolf Hemrich von der AKDB.



Hausmesse Unterfranken und Techniktage

AKDB-Kunden stellen sich digitalen Herausforderungen

Die Lebenswirklichkeit der Bürger ist zunehmend digital, Kommunen müssen sie begleiten – und brauchen dafür geeignete Werkzeuge. Das war ein Motto, dem die Teilnehmer der Hausmesse Unterfranken begegneten. Die Veranstaltung war zugleich Abschluss der Veranstaltungsreihe Techniktage.

IT-Sicherheit, Datenschutz, Outsourcing, Vorgaben des Gesetzgebers – über 300 Bürgermeister, IT-Leiter und Sachbearbeiter informierten sich zu den Trends der Digitalisierung und tauschten sich untereinander aus. Unter ihnen auch die Verwaltungsgemeinschaft Bad Brückenau im unterfränkischen Landkreis Bad Kissingen.

Ein wichtiges Thema in Finanzverwaltungen ist derzeit die Einführung der E-Rechnung, in Bad Brückenau geplant bis April 2020. „Wir haben viele Informationen erhalten, die wir brauchen“, lobte Kämmerer Lothar Ziegler das Gespräch mit Fachkollegen anderer Kommunen: „Sehr interessant, hier zu erfahren, wie Kollegen diesen Umstellungsprozess gestalten.“ Auch persönliche Begegnungen mit den AKDB-Finanzexperten – zumindest einmal jährlich – seien sehr positiv, so Ziegler weiter: „AKDB live ist noch besser als Hotline!“ ■

Servicekonto Hessen

Urkunden jetzt auch mobil beantragen

ekom21 und die AKDB haben einen Meilenstein bei der technischen Bereitstellung und dem Betrieb von Online-Diensten erreicht. Im Servicekonto Hessen stehen jetzt flächendeckend Standesamtsdienste zur Verfügung – Bürger können Urkunden auch mit dem Smartphone beantragen.

Die Zusammenarbeit der beiden kommunalen IT-Dienstleister ekom21 und AKDB ermöglicht noch bürgerfreundlichere Beantragungen von Verwaltungsdienstleistungen. Nun können mehr als vier Millionen hessische Bürger Online-Angebote der Standesämter schnell und einfach nutzen und etwa Geburts-, Ehe- und Lebenspartnerschaftsurkunden künftig mit dem Smartphone beantragen. Hessen beabsichtigt, das Angebot künftig mit weiteren Online-Services auszubauen.

Das Servicekonto Hessen wird von der ekom21 betrieben, die AKDB lieferte die erforderliche Basistechnologie und stand der ekom21 beratend zur Seite. „Die länderübergreifende Zusammenarbeit von AKDB und ekom21 ist eine Erfolgsgeschichte für funktionierendes E-Government in Deutschland“, sagte Rudolf Schleyer von der AKDB. ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke ergänzte: „Ein wichtiger Meilenstein, den wir gemeinsam mit der AKDB erreicht haben.“ ■



Der Geschäftsführer der ekom21, Bertram Huke (rechts), und der Vorstandsvorsitzende der AKDB, Rudolf Schleyer, freuen sich gemeinsam über mehr E-Government.

Verwaltungsmodernisierung

Verwaltungsdigitalisierung als Chance sehen



Gastbeitrag

*von Dr. Tobias Plate,
Referatsleiter im Bundeskanzleramt*

Die Verwaltung ist schon lange, zum Teil intensiv, in der Digitalisierung ihrer Dienstleistungen engagiert. Gerade in den Kommunen gibt es schon viele gute Angebote. Deswegen besteht die Sorge, dass das schon Existierende übersehen werden könnte und unnötige Doppelarbeit geleistet wird. Das ist wichtig. Fast noch wichtiger aber ist, dass wir nutzerfreundliche digitale Angebote nicht nur in einigen „Leuchtturm“-Kommunen und -Behörden, sondern überall brauchen.

Im letzten Jahr hat sich überall Aufbruchsstimmung eingestellt, und in Bund, Ländern und Kommunen hat das Thema nun endlich auch die notwendige politische Rückendeckung. Die Chancen für ein Vorankommen haben sich dadurch stark verbessert. Das gemeinsame Ziel ist ambitioniert: Bis 2022 sollen 575 Verwaltungsdienstleistungen von Bund und Ländern digital angeboten werden, schnell, einfach und sicher. Dazu verpflichtet das Onlinezugangsgesetz

*„Digitalisierung
verlangt, offen
für Innovation
und Verände-
rung zu sein.“*

**0101-
0110?**



(OZG) alle staatlichen Ebenen. Auch wenn das mitunter noch bestritten wird: Die Kommunen sind als Teil der Länder selbstverständlich in die Verpflichtung einbezogen.

Die OZG-Umsetzung ist kein bloßes Digitalisierungs-, sondern ein umfassendes Modernisierungsprogramm: Wir haben die Chance, eine Modernisierung des Arbeitens der Verwaltung insgesamt zu erreichen. Es geht darum, wegzukommen von Aktendeckeln und Zuständigkeiten hin zu einem Arbeiten mit Daten und zu einer Orientierung an den Bedürfnissen der Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen.

Dies wird sich auch auf die Nutzungszahlen von E-Government-Angeboten auswirken: Deren relativ geringe Nutzung liegt nicht am mangelnden Bedarf, sondern an mangelnder Bekanntheit und noch zu geringer Nutzerfreundlichkeit. An beidem sollten Bund, Länder und Kommunen weiter gemeinsam arbeiten.

Digitalisierung verlangt, offen für Innovation und Veränderung zu sein und Betroffene innerhalb wie außerhalb der Verwaltung zuzuhören. Es geht darum, erkannte Probleme gemeinsam zu lösen. Deshalb ist es ein großer Schritt, dass in den Digitalisierungslaboren ebenenübergreifend und multidisziplinär mit einer für die Verwaltung neuen Methode an nutzerfreundlichen Lösungen gearbeitet wird, unter Einbeziehung der Sachbearbeiter vor Ort und vor allem unter Einbeziehung von Nutzerinnen und Nutzern. Ganz wichtig ist hierbei, nicht bei der Digitalisierung historisch gewachsener Prozesse stehen zu bleiben, sondern die Gelegenheit zu nutzen, sie zu vereinfachen, effizienter zu machen und nutzerfreundlicher. Gerade darum werfen die Labore immer zwei Ergebnisse aus: einen digitalisierten Antrag, der sich relativ schnell auf Grundlage des geltenden Rechts anbieten lässt, aber auch eine Lösung mit optimiertem Prozess: so wie er aus Nutzersicht eigentlich sein sollte. Zur Umsetzung dieser Lösung werden wir Rechtsänderungen brauchen. Noch in diesem Jahr muss dieser Prozess beginnen, indem wir Artikelgesetze auf den Weg bringen, um einer Medienbruchfreiheit im Weg stehende Hindernisse zu beseitigen. Wir müssen darüber hinaus auch mehr Datenaustausch zwischen den beteiligten Behörden ermöglichen, damit die Nutzer nicht allen beteiligten Verwaltungen ihre Daten weiter doppelt und dreifach geben müssen. Auch die Verwaltung wird profitieren, wenn sie Daten digital erhält, statt weiter Papiernachweise abzutippen. Das wird

vor allem den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern in den Kommunen zugutekommen. Deswegen lohnt sich diese Arbeit auch besonders für die Kommunen. Schon jetzt sind über 80 von ihnen in den Digitalisierungslaboren engagiert – es dürfen sogar noch mehr sein!

Viele Kommunen wünschen sich, aktueller und intensiver über die jeweils aktuellsten Entwicklungen informiert zu werden; sie fühlen sich nicht ausreichend mitgenommen und haben großen Respekt vor der Phase der Umsetzung. Bund und Länder müssen in diesem Punkt noch besser werden, aber Kommunen sollten die benötigten Informationen auch stärker einfordern. Die OZG-Umsetzung ist nicht nur ein Digitalisierungs- und ein Modernisierungsprojekt, sondern auch eine große Kommunikationsaufgabe: Keiner sollte neben seinem Telefon sitzen und warten, dass es klingelt, sondern auch selbst zum Hörer greifen!

Wenn alle Beteiligten in diesem Sinne weiter an einem Strang ziehen, werden die Möglichkeiten der digitalen Verwaltung bei Bürgern und Unternehmen bald ankommen. Dann wird die intensive geleistete Arbeit auch die verdiente Anerkennung erfahren. ■

„Wir brauchen nutzerfreundliche digitale Angebote, nicht nur in einigen ‚Leuchtturm‘-Kommunen und -Behörden, sondern überall.“



DAS OZG

Was Kommunen jetzt über das
Onlinezugangsgesetz wissen müssen!



Bund und Freistaat machen ernst: Das OZG verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, bis 2022 alle Verwaltungsleistungen digital zugänglich zu machen. Das Ziel: Bürgern und Unternehmen 24 Stunden am Tag Online-Verwaltungsleistungen zur Verfügung zu stellen. Bequem, sicher und vollkommen medienbruchfrei. Außerdem soll damit die Digitalisierung der gesamten Verwaltung in Deutschland vorangebracht werden. Im Sinne eines zukunftsfähigen E-Governments. Der Freistaat Bayern will die wichtigsten Verwaltungsleistungen bereits bis 2020 online umsetzen und hat angekündigt, die Investitionen in Online-Dienste mit einem Förderprogramm zu unterstützen.

OZG-Leistungen bietet Ihnen die AKDB bereits heute

- Das **Bürgerservice-Portal**: mit aktuell über 80 Online-Diensten, der Großteil davon medienbruchfrei in das jeweils korrespondierende Fachverfahren integriert. Für hochgradig automatisierte Vorgänge und maximale Effizienz bei hohen Fallzahlen.
- Ein **interoperables Servicekonto mit Postfach**, mit dem sich Bürger und Unternehmen online ausweisen können. Von der AKDB bereits bereitgestellt für Bürger und Unternehmen in jedem Bürgerservice-Portal und als Landeslösung in Bayern und Hessen, damit Dienste – wie vom OZG gefordert – auch länderübergreifend genutzt werden können.
- Den **sicheren Dialog** mit 20 Kategorien für eine sichere Kommunikation mit Behörden und allgemeinen Mitteilungen.
- Eine **E-Payment-Lösung** für einen sicheren und integrierten Bezahlvorgang kostenpflichtiger Verwaltungsvorgänge.
- Die Bereitstellung der gesamten technischen Infrastruktur im BSI-zertifizierten **Rechenzentrum der AKDB**.



Jetzt neu: das OZG-Paket der AKDB

Die AKDB bietet allen Kommunen ein individuelles förderfähiges OZG-Bundle an, das

- die **aktuellen Vorgaben** des OZG erfüllt,
- **Wartung, Pflege und Weiterentwicklung** der Portaltechnologie beinhaltet,
- alle zukünftig auf die neue **Generation M** umgestellten Dienste sowie deren **Integration** in die korrespondierenden AKDB-Fachverfahren inkludiert,
- maximale Zukunfts- und damit **Investitionssicherheit** bietet und
- gemäß dem angekündigten Förderprogramm des Freistaats **förderfähig** ist.

Unsere Erfahrung – Ihr Vorteil

- Das Bürgerservice-Portal wurde bisher in Bayern **zwei Millionen Mal** für Online-Dienste genutzt.
- **Über 1.300** Kommunen setzen bundesweit auf das Bürgerservice-Portal.
- **Über 80** Online-Dienste sind heute schon verfügbar, weitere werden entwickelt.
- Der **Bund nutzt** künftig das **Servicekonto der AKDB**.
- **340.000** Bürger in Bayern haben 2019 Briefwahlunterlagen für die Europawahl über das Bürgerservice-Portal beantragt.

Jetzt fördern lassen und OZG umsetzen! Mit der besten Lösung am Markt.

Das OZG kommt. So oder so! Um es Ihnen einfacher zu machen, hat der Freistaat Bayern ein Förderprogramm für Kommunen angekündigt. Und die AKDB als öffentlich-rechtlicher Anbieter und Betreiber des größten E-Government-Portals Deutschlands bietet dazu das für Sie passende Online-Dienste-Paket zu attraktiven Konditionen!

Bund und Freistaat machen ernst – die AKDB macht's Ihnen einfach!

Weitere Informationen zum OZG und zum geplanten Förderangebot des Freistaats Bayern unter

www.akdb.de/ozg

Zukunftskongress Staat & Verwaltung 2019 in Berlin

Onlinezugangsgesetz: Verwaltungsmitarbeiter mitnehmen!

Auch auf dem Zukunftskongress waren Onlinezugangsgesetz (OZG) und die entsprechenden Herausforderungen für Behörden wichtige Themen. Die AKDB zeigte Lösungen, wie man Verwaltungen attraktiv und zukunftsfähig machen kann. Denn eines ist sicher: Die Digitalisierung wird immer mehr zur Voraussetzung für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort.



**„Die attraktivsten
Outsourcing-Partner
für Kommunen sind
nicht große private
US-amerikanische
Cloud-Anbieter,
sondern stabile und
verlässliche
öffentliche-rechtliche
Rechenzentren.“**

Gudrun Aschenbrenner,
AKDB-Vorstandsmitglied

Die Diskussionen auf dem Zukunftskongress zeigen klar: Das Onlinezugangsgesetz bietet öffentlichen Verwaltungen enorme Chancen – ein Selbstläufer wird das OZG aber keineswegs: „Zu glauben, man stelle einen Dienst online und die Leute rennen einem die Bude ein, ist falsch“, fasste Dr. Markus Schmitz, CIO der Bundesagentur für Arbeit, die Erwartungen zusammen. „Die Frage ist nicht, haben wir alle Kategorien an Diensten erfasst, sondern haben wir bei den wichtigsten Diensten Nutzungsquoten von über 80 Prozent?“, so Schmitz weiter.

Nutzen für den Anwender ist Schlüssel zum Erfolg

In zwei zentralen Punkten waren sich alle Akteure im Wesentlichen einig: Zum einen ist ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort Deutschland nur mit einer agilen digitalen Verwaltung möglich. Zum anderen entscheidet für den Anwender der Nutzen des angebotenen Online-Dienstes über den Erfolg des OZG. „Probleme sind dornige Chancen“, sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer in seiner Keynote am 28. Mai im voll besetzten Kuppelsaal des Berlin Congress Center. Damit beschrieb er die Grundhaltung, die bei der Digitalisierung benötigt werde. Auch Seehofer fand bezüglich Akzeptanz und Nutzung von On-

line-Verwaltungsdiensten klare Worte: „Der Bürger entscheidet über die Nützlichkeit, deswegen ist es nicht damit getan, ein Papierformular ins Internet zu stellen.“

Nicht nur Schnittstelle zu Bürgern und Wirtschaft, sondern auch in die Verwaltung

Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB, erweiterte die Diskussion um einen wichtigen Punkt: Das OZG ist nicht nur Schnittstelle zu Bürgern und Wirtschaft, sondern auch in die Verwaltung. Die Nutzer digitaler Dienste seien eben viele Verwaltungsmitarbeiter, die mit nachgelagerten Fachverfahren arbeiten müssten. Hier gebe es große Optimierungspotenziale: Die Daten, die bei stark genutzten OZG-Diensten in digitaler Form ankämen, müssten automatisiert verarbeitet werden können. Dies sei schon aufgrund des Fachkräftemangels geboten und könnte gleichzeitig die Attraktivität des öffentlichen Dienstes erhöhen. „Wir brauchen angesichts der vielen zu digitalisierenden Verwaltungsprozesse skalierbare Lösungen. Wenig genutzte Verwaltungsleistungen erfordern keinen aufwendigen Fachdienst, sondern können auch mithilfe von Formularlösungen pragmatisch umgesetzt werden“, so Schleyer. Insgesamt vergesse man in der Diskussion oft, dass IT-Dienstleister bei der Umsetzung des OZG bereits sehr weit seien.



Podiumsdiskussion auf dem Zukunftskongress. Rudolf Schleyer (AKDB), Dr. Ilja Nothnagel (DIHK), Frank Pohlgeers (Deutsche Bank), Dirk Stocksmeier (init), Hans-Henning Lühr (IT-Planungsrat), Manfred Baer (IBM Deutschland) und Christoph Verenkotte (Bundesverwaltungsamt; oben v. l.) sprechen über die digitale Verwaltung als Voraussetzung für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Gute Laune am AKDB-Ausstellungsstand (rechts).



Drei Viertel der wichtigsten OZG-Leistungen heute schon verfügbar

Die AKDB biete Unternehmen mit ihrem Unternehmenskonto Zugang zu zahlreichen Diensten: AUDI nutze kostengünstig den Fachdienst Online-Fahrzeugabmeldung. Und für die Bundesverwaltung habe die AKDB den Fachdienst VAT-Refund entwickelt, womit ausländische Unternehmen unkompliziert ihren Antrag auf die Mehrwertsteuer-Rückerstattung einreichen könnten.

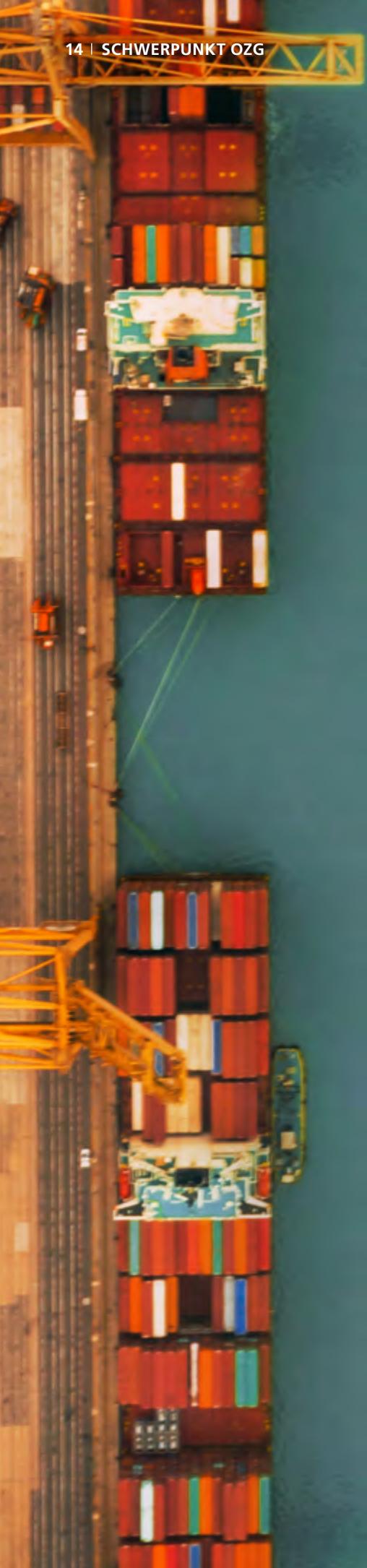
Kommunen bietet die AKDB bereits heute 75 Prozent der OZG-Leistungen, die der IT-Planungsrat mit den Prioritäten 1 und 2 ausgewiesen hat: Beim OZG konzentriert man sich bei der AKDB auf die Prozesse, die einen hohen Effekt bringen, denn dies forciert auch die Entwicklung bei weiteren Diensten.

Öffentlich-rechtliche Rechenzentren bieten mehr Sicherheit

Beim Thema „Zukunft öffentlicher Rechenzentren“ beschrieb AKDB-Vorstandsmitglied Gudrun Aschenbrenner den Trend zum Outsourcing der kommunalen IT: „Das liegt sowohl am steigenden Fachkräftemangel als auch an der komplexer gewordenen IT-Landschaft.“ Sie unterstrich, wie wichtig dabei der Sicherheitsaspekt sei: „Die attraktivsten Outsourcing-Partner für Kommunen sind nicht große private US-amerikanische Cloud-Anbieter, sondern stabile und verlässliche öffentlich-rechtliche Rechenzentren.“ Sicherheit und Datenschutz ließen sich nur durch Rechenzentrumsbetreiber ohne Gewinnerzielungsabsichten herstellen. Diese hätten außerdem den Vorteil, dass sie neben Cloud-Plattformen auch Software-Lösungen bereitstellen – für die erfolgreiche Realisierung von E-Government eine wichtige Voraussetzung.

Mehr Attraktivität für Unternehmen durch sicheres E-Payment

Mit sicheren Online-Bezahlmöglichkeiten kann E-Government für Unternehmen noch attraktiver werden. Auf dem E-Payment-Forum erklärte Michael Diepold, Senior Vice President Digital Government bei der AKDB, worauf es bei der Wahl von E-Payment-Anbietern ankomme: „Bürger und Kommunen sollten Lösungen nutzen, die die Besonderheiten des öffentlichen Haushaltsrechts berücksichtigen und die häufig genutzt werden.“ Hier seien nicht kommerzielle Anbieter sehr zuverlässig, wie etwa die Bezahlplattform ePayBL, die der Bund und diverse Bundesländer entwickelt haben. ■



Microservices brechen monolithische Software-Konstrukte auf

Containerisierung: Turbo fürs E-Government

Weg von monolithischer Software-Entwicklung – hin zu Microservices und Containerisierung. So lautet die Devise bei der Entwicklung von E-Government-Diensten. Denn durch den modularen Aufbau der Software ergeben sich nur Vorteile – für Software-Entwickler, Betreiber und Nutzer von E-Government-Diensten. Welche das sind, erklärt Alexander Amann, stellvertretender Bereichsleiter Projektmanagement & DevOps bei der AKDB.

Flächendeckend E-Government-Dienste anbieten. Und zwar individuell auf die unterschiedlichen Bedürfnisse jeder Verwaltung angepasst. Das ist eine der Herausforderungen für kommunale IT-Dienstleister. Und eine der Hürden auf dem Weg zu einer schnellen Umsetzung von E-Government in Deutschland. Es gibt aber einen technologischen Ansatz, der es erlaubt, agil und schnell einzelne Funktionen bzw. Konfigurations-Items in einer Software unabhängig voneinander zu entwickeln und bereitzustellen – und dabei jeweils immer die Programmiersprache zu benutzen, die für den jeweiligen Mikrodienst am besten geeignet ist – das „best of breed“ sozusagen. Es sind Microservices, die als Container in einer sogenannten Kubernetes-Cloud bereitgestellt werden. Microservices sind die einzelnen Funktionen einer Software, die separat gekapselt entwickelt und bereitgestellt werden. Dadurch, dass sie unabhängig voneinander entwickelt werden, kann man jeweils die geeigneten Datenbanken, die modernsten Nutzeroberflächen und letztlich ein besseres Nutzererlebnis bieten. Ein Microservice kann aus der Funktion „Login“, „Postkorb“, „Meldebestätigung“ oder auch „Wohngeldantrag“ bestehen. „Für den Bund“, so Amann, „haben wir bereits das Servicekonto auf diese Weise bereitgestellt.“

Besser auf individuelle Wünsche eingehen

Der Vorteil dieser modularen Vorgehensweise liegt auf der Hand: Software und deren Funktionen können schneller programmiert, bereitgestellt und individuell angepasst werden. „Das könnte die Lösung sein, um das Onlinezugangsgesetz in die Tat umzusetzen und bis 2022 einen Portalverbund zu realisieren. Dank Microservices sind wir in der Lage, schnell auf individuelle Wünsche einzugehen, ohne das Rad bzw. ganze Portalarchitekturen neu zu erfinden. Und das viel effizienter als bisher.“

Hohe Ausfallsicherheit

Diese Microservices werden in Containern in einer Cloud-Umgebung betrieben. Das hat einen entscheidenden Vorteil: Fällt ein Microservice aus, weil er fehlerhaft ist oder weil ein Server „down“ ist, dann beeinträchtigt das nicht die gesamte Applikation mit allen Fachdiensten. Wenn nur ein Container kaputt ist, etwa der mit dem Service „Wunschkennzeichen reservieren“, dann funktioniert der Rest des Portals trotzdem. „Auf diese Art und Weise werden wir den Kommunen immer bessere Ausfallsicherheit bieten“, so Amann. Eigentlich logisch: Baut man eine Wand aus sehr großen Bauklötzen, dann fällt sie in sich zusammen, wenn man

nur einen herausnimmt. Nutzt man stattdessen sehr kleine Bauklötzte und nimmt einen weg, dann bleibt die Wand trotzdem stehen. Aber auch der Betrieb von Microservices wird einfacher: Funktioniert ein Container nicht mehr, so wird er automatisch entsorgt und neu auf einem anderen Server in der Cloud ausgeführt – quasi eine Selbstheilungskraft. „Der Administrator muss nicht mehr nachts aus dem Bett, weil irgendein Problem aufgetreten ist. Er kann sich ganz bequem am nächsten Tag ansehen, was los war und worin die Ursache lag.“

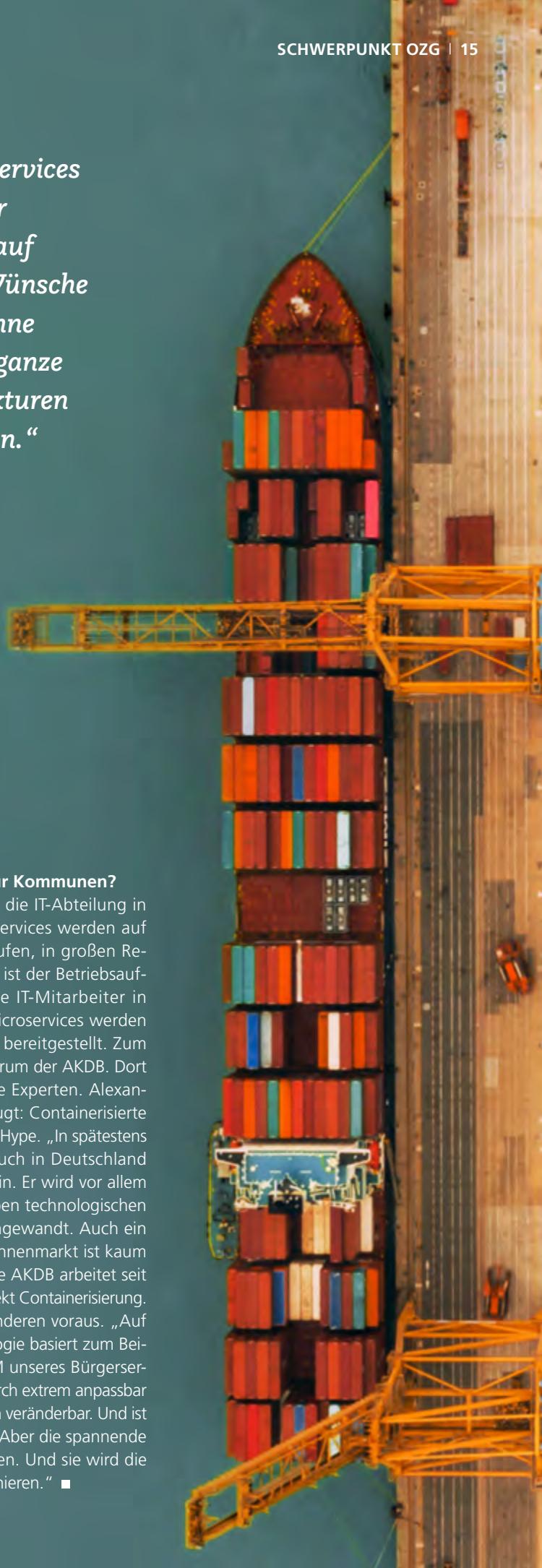
Hohe Verfügbarkeit – auch in Zeiten hoher Serverbelastung

Auch der Bürger bemerkt den Unterschied. Alexander Amann führt ein sehr aktuelles Beispiel an: die Europawahlen. Da liefen die Server in den Rechenzentren mindestens sechs Wochen lang heiß. Schließlich beantragen viele Bürger online Briefwahlunterlagen. Da könnte es passieren, dass die Server dieser Last nicht standhalten. Dank Containerisierung wird das kein Problem mehr sein. Denn in der containerisierten Welt gibt es eine große Cloud mit vielen Containern. Wird ein Dienst wie Briefwahlunterlagen vermehrt angefragt, skaliert das System automatisch den Dienst und generiert neue Container. Vollkommen selbstständig. Und in Echtzeit. Die Last wird also automatisch auf mehrere Server verteilt. Die Konsequenz: höchste Verfügbarkeit der Software und effizientere Ausnutzung der Hardwareressourcen! Die Meldung, dass ein Dienst vorübergehend nicht mehr verfügbar ist, wird es kaum noch geben. Das ist besonders in den nächsten Jahren mit der Implementierung der Dienste nach dem Onlinezugangsgesetz von entscheidender Wichtigkeit. Denn ab da wird die Nutzung von Online-Diensten und somit die Serverlast stark steigen.

„Dank Microservices sind wir in der Lage, schnell auf individuelle Wünsche einzugehen, ohne das Rad bzw. ganze Portalarchitekturen neu zu erfinden.“

Was bedeutet das für Kommunen?

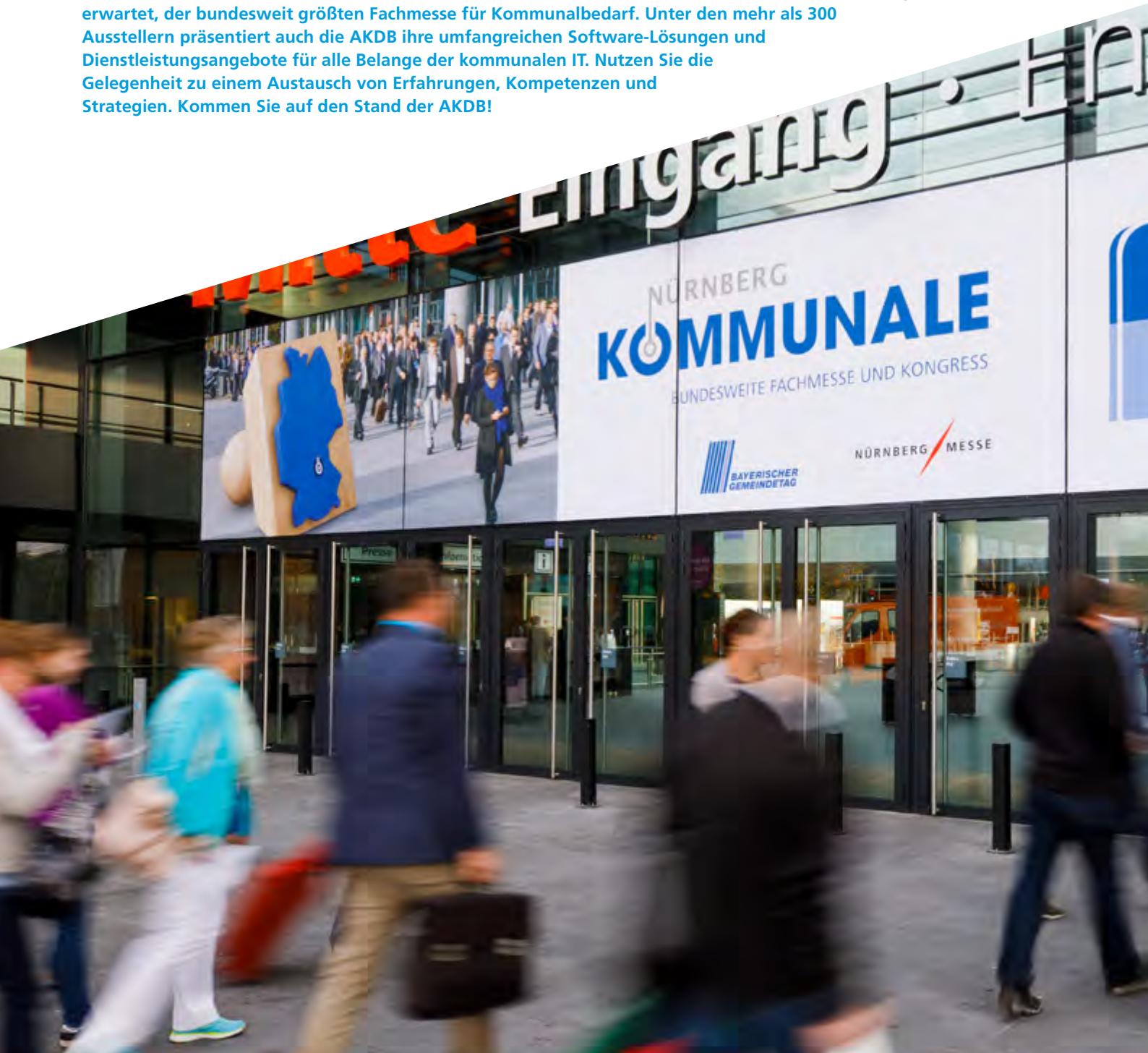
Wird alles leichter für die IT-Abteilung in Kommunen? „Microservices werden auf Cloud-Plattformen laufen, in großen Rechenzentren. Insofern ist der Betriebsaufwand für kommunale IT-Mitarbeiter in Zukunft geringer.“ Microservices werden in einer Private Cloud bereitgestellt. Zum Beispiel im Rechenzentrum der AKDB. Dort sitzen heute schon die Experten. Alexander Amann ist überzeugt: Containerisierte Microservices sind kein Hype. „In spätestens fünf Jahren wird es auch in Deutschland IT-Industriestandard sein. Er wird vor allem weltweit nach denselben technologischen Gesetzmäßigkeiten angewandt. Auch ein europäischer Daten-Binnenmarkt ist kaum anders vorstellbar.“ Die AKDB arbeitet seit 2016 an dem Großprojekt Containerisierung. Und ist dabei vielen anderen voraus. „Auf der Container-Technologie basiert zum Beispiel die Generation M unseres Bürgerservice-Portals. Es ist dadurch extrem anpassbar und praktisch unendlich veränderbar. Und ist sehr nutzerfreundlich. Aber die spannende Reise hat erst begonnen. Und sie wird die IT-Landschaft revolutionieren.“ ■



KOMMUNALE 2019

Auf in die digitale Zukunft – Pflichttermin für Kommunen

Am 16. und 17. Oktober 2019 werden wieder über 4.000 Besucher auf der KOMMUNALE in Nürnberg erwartet, der bundesweit größten Fachmesse für Kommunalbedarf. Unter den mehr als 300 Ausstellern präsentiert auch die AKDB ihre umfangreichen Software-Lösungen und Dienstleistungsangebote für alle Belange der kommunalen IT. Nutzen Sie die Gelegenheit zu einem Austausch von Erfahrungen, Kompetenzen und Strategien. Kommen Sie auf den Stand der AKDB!





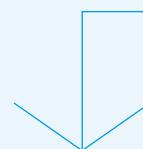
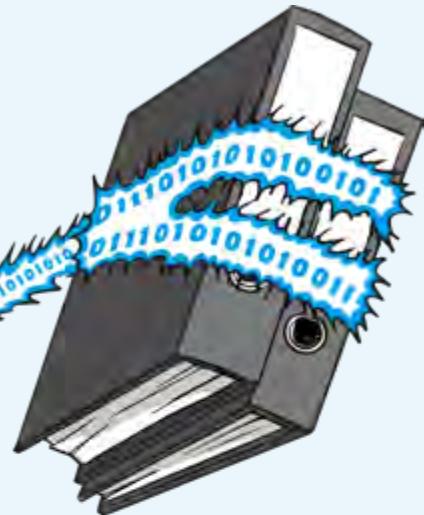
Besuchen Sie auch unsere spannenden Innovationsvorträge!

Vom automatisierten Verwaltungsakt zur KI-unterstützten Verwaltung

Revolutioniert die künstliche Intelligenz die Datenverarbeitung? Läuft die Sachbearbeitung bald voll automatisiert im Hintergrund ab? Kommuniziert der Bürger nur noch mit Chatbots? Vieles ist schon Realität, andere Technologien wie etwa Chatbots versprechen viel Potenzial, stecken aber noch in den Kinderschuhen. Wo stehen wir heute, wie wird sich diese Technologie weiterentwickeln? Und wie kann sie die Verwaltung vereinfachen? Ein Blick in die digitale Verwaltung der Zukunft.

Cloud-Computing 2025: ein Auslaufmodell?

Umfragen prognostizieren, dass der Begriff „Cloud“ in wenigen Jahren nicht mehr existieren wird. Das Ende eines Hypes, der im professionellen und im privaten Bereich nicht mehr wegzudenken ist? Ganz im Gegenteil. Ohne spezialisierte Cloud-Dienste sind die Anforderungen der Zukunft nicht mehr zu schaffen, sind ein Internet der Dinge und eine digitale Transformation unmöglich. Welche Möglichkeiten also können Cloud-Dienste eröffnen? Ein Blick in die Zukunft der Cloud-Angebote.



Aktuelle Vortragsinhalte ständig unter:
www.akdb.de/kommunale

Alles für HELDEN DER VERWALTUNG

**Auf dem Messestand der
AKDB warten zahlreiche
digitale Neuigkeiten auf Sie:**

■ Nach Ablauf gesetzlicher Aufbewahrungsfristen müssen Akten vernichtet werden. Das Kommunale Archiv für Langzeitaufbewahrung, **KOALA**, schafft Ordnung und überführt Dokumente ins digitale Langzeitarchiv. Sicher und leicht. Das ideale Tool für mittlere und kleine Gemeinden.

■ **AKDB-Klickbrief:** Ob einzelne Dokumente oder Massensendungen – alles geht per Mausklick an das AKDB-Rechenzentrum. Und wird dort schnell und zuverlässig gedruckt, kuvertiert und bei der Post aufgeliefert.

■ Verwaltung, Instandhaltung und Wartung kommunaler Gebäude und Außenanlagen: Die neue **TERA Manager-Familie** plant und steuert Aufträge und Ressourcen. So haben Kommunen Auftragslage und Kosten immer im Blick.

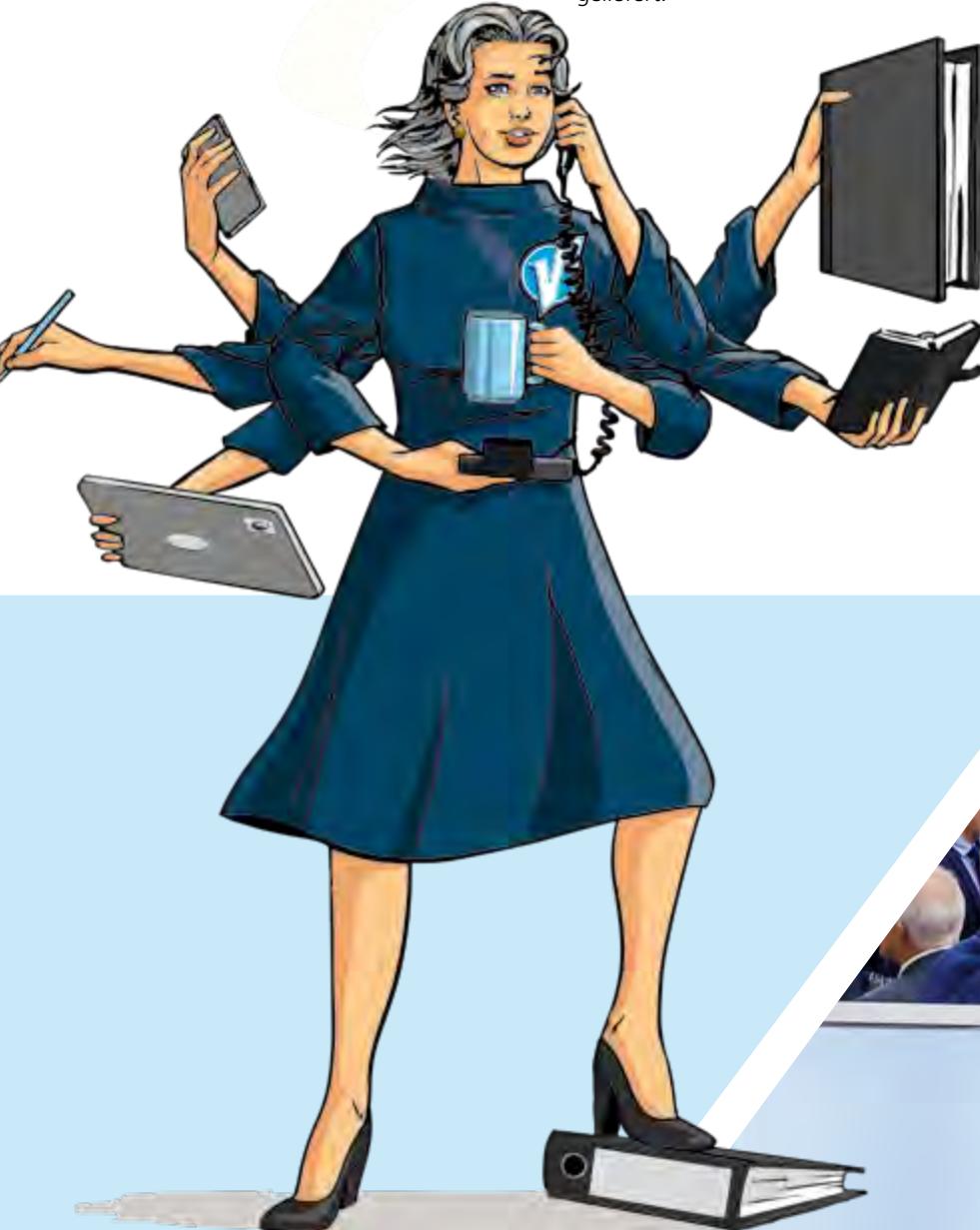
■ **OK.JUS** bildet sämtliche Prozesse im Sozial- und Jugendamt ab. Die SYNERGO®-Software kann individuell an die Abläufe in einer Kommune angepasst werden. Für ein modernes, zukunftsgerichtetes Jugend- und Sozialwesen.

■ Dokumentenmanagement vom Posteingang zur E-Akte: **komXwork** ergänzt Ihre Fachverfahren sinnvoll. Effiziente Workflows vereinfachen die Vorgangsbearbeitung und beschleunigen Genehmigungsverfahren.

■ **Das Bürgerservice-Portal** für alle verpflichtenden Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG). OZG-konforme Fachdienste aller Verwaltungsbereiche begleiten Bürger, Wirtschaft und Behörden auf dem Weg in die digitale Zukunft.

■ Die Software **Session**, das Zusatzmodul SessionNet und die mobile App Mandatos ermöglichen moderne, flexible und schnelle Gremienarbeit: einfach im Handling, mit komfortablen Funktionen und übersichtlicher Darstellung.

■ **Managed Services** für die kommunale Verwaltung. Sie ersparen viel Zeit und Aufwand und stehen im Rechenzentrum der AKDB bereit – von Fernwartungsdiensten über den Betrieb von IT-Security-Lösungen bis zur „Full-Managed“-Lösung.



NÜRNBERG 2019
KOMMUNALE
 11. BUNDESWEITE FACHMESSE UND KONGRESS

■ Mehr Konzentration auf die Kernaufgaben. Das wünschen sich viele Kommunen. Die AKDB kümmert sich um den gesamten IT-Betrieb – mit **Next Generation Outsourcing**. Überlassen Sie die IT dem sicheren AKDB-Rechenzentrum.

■ Über 70 Millionen Eingangsrechnungen pro Jahr bei deutschen Kommunen bedeuten einen erheblichen Aufwand. Die **E-Rechnung** der AKDB unterstützt dabei, schrittweise auf eine vollständige elektronische Verarbeitung umzustellen.

■ **Online zum Kitaplatz:** mit dem Kita-Management der Zukunft. Von der digitalen Anmeldung, dem professionellen Verteilmanagement bis zur Kita-Organisation und Kompetenz-Verstärkung – digitaler Online-Service für Eltern und Verwaltungsmitarbeiter.

■ Energie sparen durch besseres **Energie-Controlling**. Es erkennt schnell Einsparpotenziale und Handlungsbedarf beim Klimaschutz. Die AKDB zeigt, wie Sie den Energieverbrauch systematisch erfassen, auswerten und dokumentieren.

■ Kommunaler **Datenschutz und Informationssicherheit** sind Voraussetzung für die digitale Transformation. GKDS, LivingData und AKDB beraten dabei, die Synergieeffekte von Datenschutz und Informationssicherheit sinnvoll zu nutzen.

Besuchen Sie uns am 16. und 17. Oktober 2019 auf der Kommunale in Nürnberg! Sie sind in Ihrer Behörde jeden Tag ein Held der Verwaltung. Sie sorgen dafür, dass unser Gemeinwesen funktioniert, dass Bürgerinnen und Bürger den bestmöglichen Service erhalten. Wir unterstützen Sie dabei mit den geeigneten Werkzeugen: einer leistungsstarken Software sowie zuverlässigen Dienstleistungen.

Wir freuen uns auf Sie!

Veranstaltungsort

Messezentrum, 90471 Nürnberg

Öffnungszeiten

09:00–18:00 Uhr (Mittwoch, 16.10.2019)

09:00–17:00 Uhr (Donnerstag, 17.10.2019)

Infos und E-Ticket

www.kommunale.de

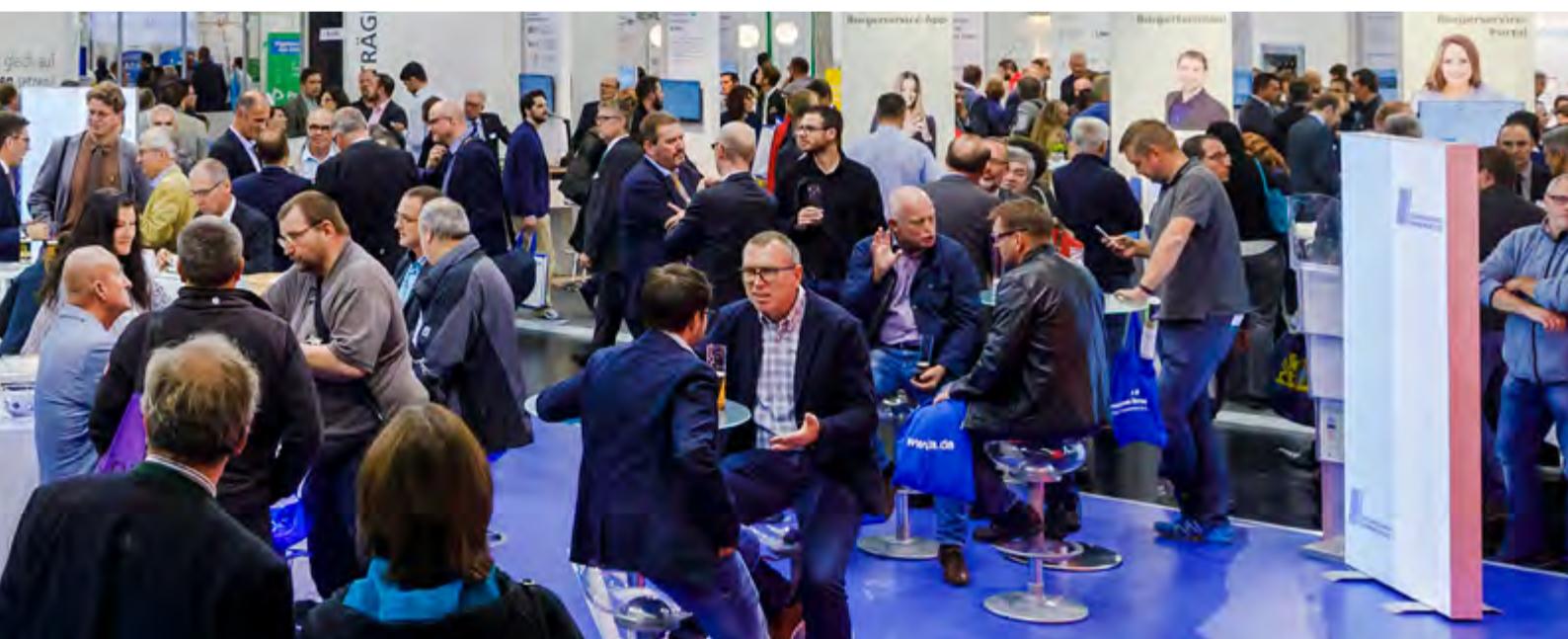
www.kommunale.de/gutschein

Gutscheincode: AKDB2019

AKDB-Stand Halle 9, Messestand 9-344

Den aktuellen Stand des Programms und der Vorträge finden Sie immer unter

www.akdb.de/kommunale





OK.VOTE
GEMEINDE
AHORN



OK.VOTE im Einsatz in der Gemeinde Ahorn im Landkreis Coburg

Richtig wählen!

Nach einer schlechten Erfahrung bei den Landratswahlen im Januar 2019 beschloss die Gemeinde Ahorn, auf die hochmoderne Wahlsoftware OK.VOTE zu wechseln. Das Ergebnis: volle Punktzahl!

**„Gut
gefallen hat
mir auch die
detaillierte
Aufbereitung
nach Wahl-
bezirk.“**

Nicola Steffen-Rohrbeck, Hauptamt- und Wahlleiterin Gemeinde Ahorn



Nicola Steffen-Rohrbeck denkt nicht gerne an den 27. Januar 2019 zurück: An dem Tag waren Landratswahlen im Landkreis Coburg. Alles lief reibungslos, sechzig Wahlhelfer waren im Einsatz, die Auszählung war abgeschlossen, auf der Homepage der Gemeinde konnte der Auszählstand bereits verfolgt werden, und dann das Desaster: „Als wir aus der damaligen Wahlsoftware die benötigten cvs-Dateien generieren wollten, um sie dem Landratsamt weiterzuleiten, konnten wir plötzlich die Daten nicht importieren!“, erinnert sich die Hauptamt- und Wahlleiterin. Gut 70.000 Wähler und sämtliche Kandidaten saßen auf Kohlen und warteten nur auf das offizielle Ergebnis aus Ahorn. Die Nerven waren zum Zerreißen gespannt, denn diese letzten 1.676 Stimmen würden über die Frage entscheiden, ob eine Stichwahl stattfinden würde. Es wurden in Eile extra Excel-Tabelle angefertigt und per Fax ans Landratsamt geschickt. Der Grund für das Problem: Tage zuvor war ein Update der Wahlsoftware installiert worden. Und das hatte die Ordnungszahlen zerstört. Die Wahlkandidaten waren plötzlich alle falsch durchnummieriert. „Das Schlimmste: Die Medien berichteten darüber. Zum Glück hat unser Erster Bürgermeister Martin Finzel uns damals den Rücken gestärkt. Durch diesen Vorfall war aber jedes Vertrauen in die Wahlsoftware verspielt.“

Entspannt zurücklehnen dank OK.VOTE im Outsourcing

Eins stand fest: Es musste noch vor den Europawahlen die Wahlsoftware gewechselt werden. „Bald stand der Entschluss: OK.VOTE sollte die bisherige Software ersetzen“, so Steffen-Rohrbeck, die bereits mehrere Verfahren der AKDB im Einsatz hat. Da die Software am 26. Mai zum ersten Mal operativ sein würde, gab es im Vorfeld intensive Schulungen. „Das war gut für die Vorbereitung der Wahlhelfer. Wir konnten den Workflow erlernen, der im Übrigen sehr stringent ist. Auch die Wahlhelferverwaltung finden wir sehr logisch und detailliert.“ Besonders wichtig findet

Steffen-Rohrbeck, dass die Benutzeroberflächen übersichtlich und verständlich aufgebaut sind. „Und das ist nicht unwichtig bei der großen Fluktuation an Ehrenamtlichen. So haben alle die Funktionsweise schnell erlernt.“ Der Betrieb sollte im Rechenzentrum erfolgen. „Wir haben uns dafür entschieden, sodass wir uns entspannt zurücklehnen konnten. Denn die wichtigsten Punkte bei der Wahlvorbereitung – Wahldatum, Agenda und Wahlkalender anlegen, Wahlvorschläge einpflegen, Wahlhelfer anschreiben etc. – wurden direkt im Rechenzentrum vorgenommen. Das Wichtigste wurde im Vorfeld von der AKDB eingespielt und hat auch zu hundert Prozent geklappt, als dann Wahltag war. Davon abgesehen werden im Outsourcing automatisch alle Updates eingespielt.“

Nach der Erfahrung im Januar war Nicola Steffen-Rohrbeck gespannt und auch etwas angespannt, als bei der Europawahl die Wahlergebnisse an das Landratsamt übermittelt werden sollten. „Die Synchronisation hat zum Glück fantastisch geklappt! Wir konnten uns hundertprozentig darauf

verlassen, dass die Ergebnisse genau so beim Landratsamt ankommen, wie wir sie eingegeben haben.“ Der zeitliche Druck fiel weg – und auch die kritischen Stimmen der Presse. Aber nicht nur die Kommunikation mit dem Landratsamt war ihr wichtig. Steffen-Rohrbeck empfindet es als ihre demokratische Pflicht, auch ihren Mitbürgern so früh wie möglich die Wahlergebnisse zu präsentieren – klar und nachvollziehbar. Dazu gab es quasi in Echtzeit eine Ergebnisaufbereitung auf der Homepage der Gemeinde. „Hier waren auch die Ergebnisse der anderen elf Kommunen des Landkreises sichtbar, die OK.VOTE im Einsatz haben.“

So stelle ich mir die notwendige Transparenz bei einer Wahl vor. Gut gefallen hat mir auch die detaillierte Aufbereitung nach Wahlbezirk.“

Komplexe Software – leichte Bedienung

Nicht zuletzt ist Steffen-Rohrbeck allerdings wichtig, dass sie bei Fragen und Problemen schnelle Unterstützung bekommt. „Unser AKDB-Berater wusste, dass wir unter Zeitdruck standen, und hat den Umstieg auf OK.VOTE so schnell und sicher wie möglich gemacht. Auch die Anbindung ans Outsourcing-Rechenzentrum verlief ohne Pannen. Hier und da gab es zwar Fragen, aber die wurden schnell beantwortet.“ Alles zu schön, um wahr zu sein? „Natürlich nicht“, meint Steffen-Rohrbeck schmunzelnd. „Kleinere Fehlerchen gibt es schon – zum Beispiel in der Textverarbeitung bei der Generierung der Anschreiben an die Wahlhelfer.“ Aber dann fügt sie hinzu: „Uns war klar: Solch eine komplexe Software wird sich ständig weiterentwickeln und mit den Bedürfnissen der großen und kleineren Kommunen wachsen.“ Ihr Fazit: „Wir gehen nun vertrauensvoll und recht gelassen die Kommunalwahl 2020 an. An der Übertragung der Wahlergebnisse an das Landratsamt werden wir sicherlich nicht mehr scheitern!“ ■

Personalmangel, Zeitdruck, Aufgabenstau??

Oft wird's eng in der Kommunalverwaltung. Mal ist ein Mitarbeiter krank, mal wird eine Stelle nicht nachbesetzt, mal fällt zu Stoßzeiten besonders viel Arbeit an. Zum Glück gibt es schnelle und kompetente Hilfe von der AKDB. Für Finanzverwaltung, Personalwesen, Bauamt und IT-Abteilung! Und einiges mehr ...

Die AKDB hilft!





⚡ Wir sind sehr klein und haben keine Ressourcen für eine Personalfachkraft. Aber jemand muss jeden Monat die ganzen Gehaltzahlungen übernehmen!

⚡ Unsere Mitarbeiterin in der Personalverwaltung fällt einige Monate aus und kann momentan nicht ersetzt werden! Aber irgendwer muss temporär und unkompliziert die Personalabrechnung machen.

⚡ Wir sind ein Zweckverband und haben keine Personalabteilung. Aber irgendwer muss sich um Personalabrechnung, Zeitwirtschaft, Verträge, TVöD-Eingruppierung, Bescheinigungen und Schriftverkehr mit Behörden kümmern!

Wer macht das alles?

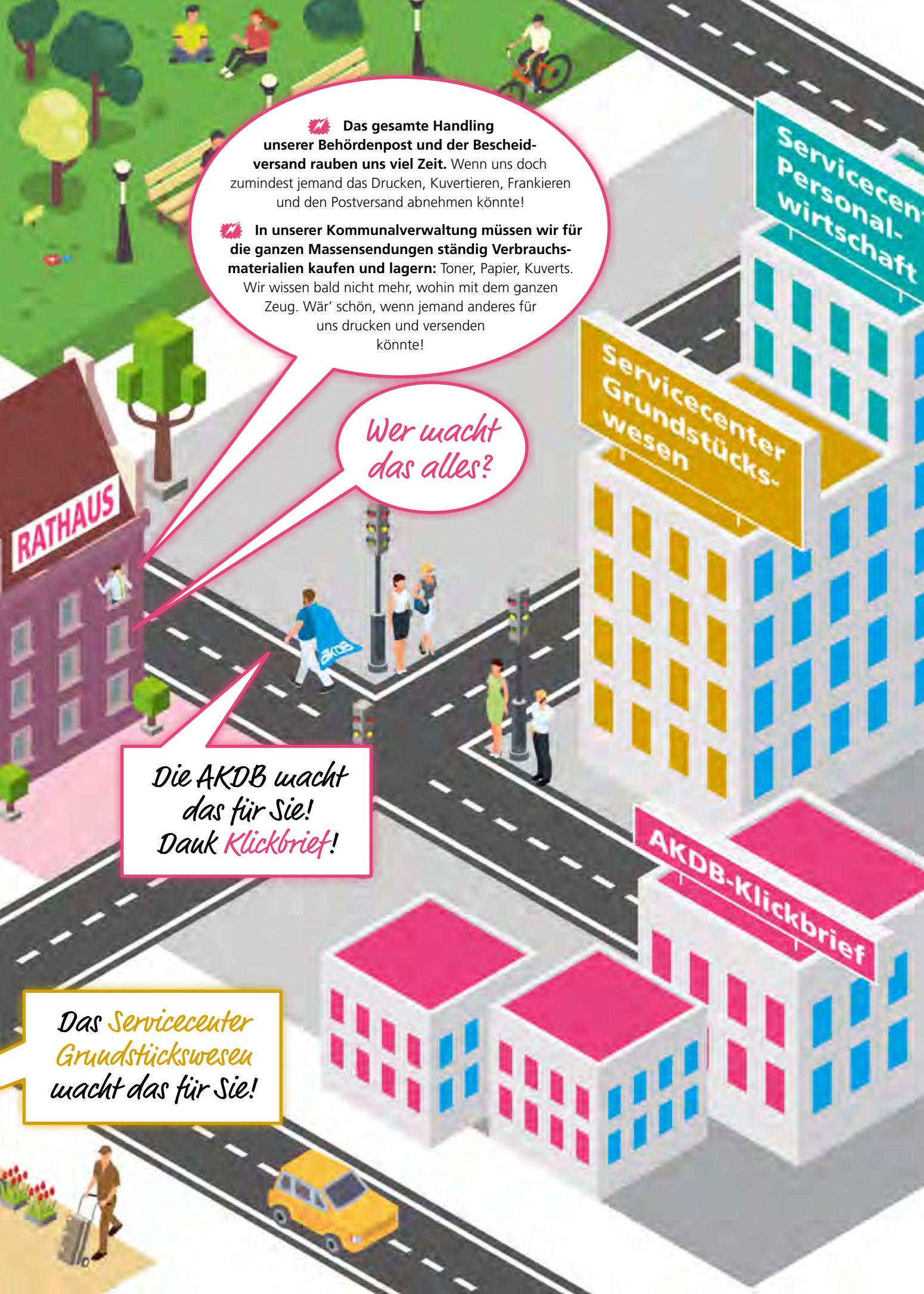
Das Servicecenter Personalwirtschaft macht das für Sie!

⚡ Wir müssen die Pflegearbeiten unserer Grünflächen im Blick behalten und unsere Spielplätze ebenso! Allerdings haben wir die Infos dazu sporadisch und unvollständig in verschiedenen Excel-Tabellen! Wenn doch nur jemand die Daten in das Kataster übernehmen könnte!

⚡ Häufig müssen wir im Bauamt Auskunft über gültige Bebauungs- und Flächennutzungspläne geben. Wir müssten die Infos direkt in die Flurkarte einpflegen! Und die ganzen Kanal- und Wasserleitungen ebenso! Was für ein Aufwand! Und überhaupt: Wer kann das?

⚡ Wir brauchen stets die aktuellen Eigentümer und Flurstücksgrenzen. Aber wir haben Wichtigeres zu tun, als ständig neue Daten einzuspielen!

Wer macht das alles?



Das gesamte Handling unserer Behördenpost und der Bescheidversand rauben uns viel Zeit. Wenn uns doch zumindest jemand das Drucken, Kuvertieren, Frankieren und den Postversand abnehmen könnte!

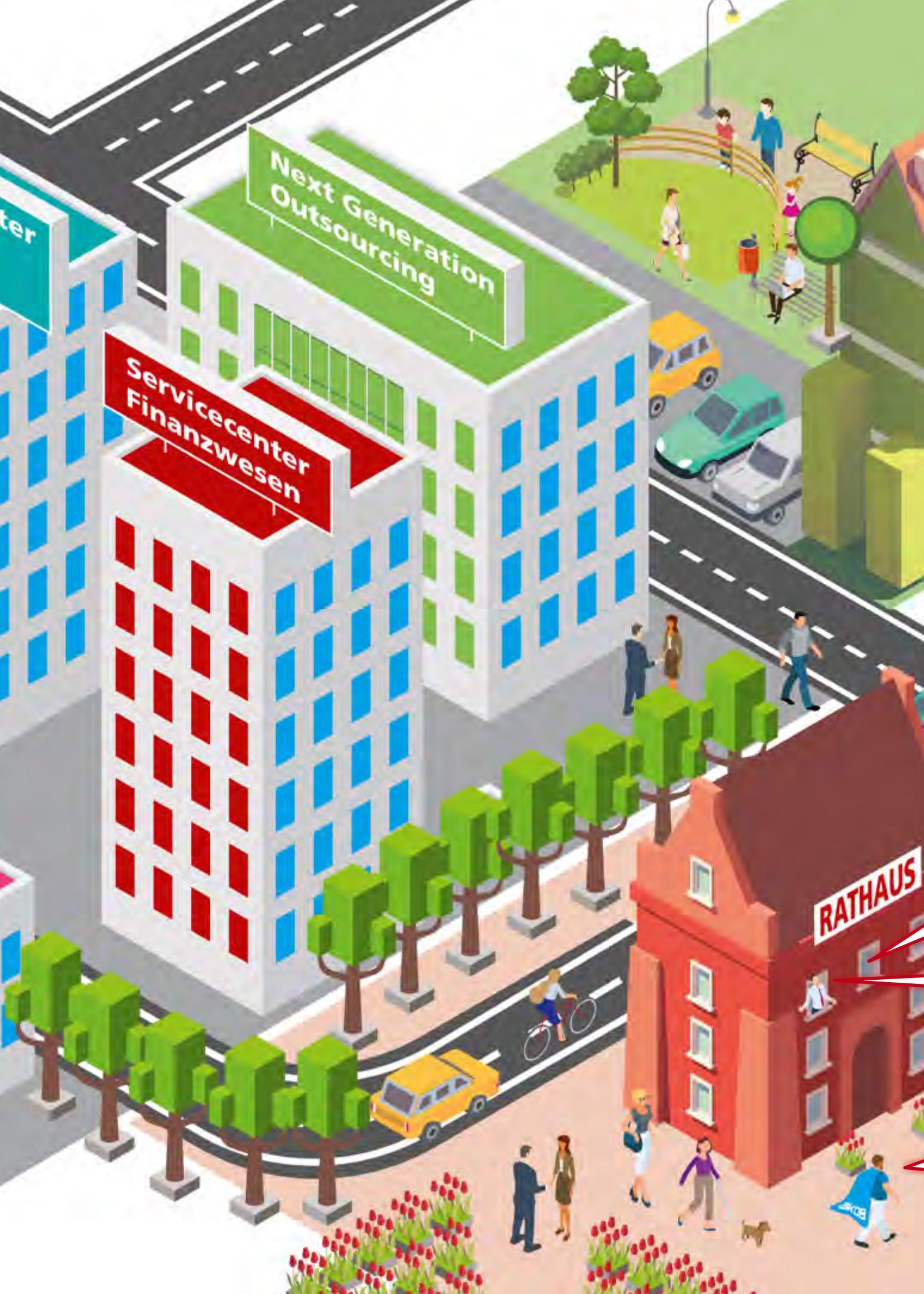
In unserer Kommunalverwaltung müssen wir für die ganzen Massensendungen ständig Verbrauchsmaterialien kaufen und lagern: Toner, Papier, Kuverts.

Wir wissen bald nicht mehr, wohin mit dem ganzen Zeug. Wär' schön, wenn jemand anderes für uns drucken und versenden könnte!

Wer macht das alles?

Die AKDB macht das für Sie!
Dank Klickbrief!

Das Servicecenter Grundstückswesen macht das für Sie!



 **Der IT-Betrieb wird immer komplexer und zunehmend zum Zeitfresser.**
Aber es müssen trotzdem regelmäßig, sicher und korrekt Softwareupdates, Back-ups und die Betreuung der IT-Umgebung durchgeführt werden!

 **Die IT-Sicherheit wird immer heikler. Das Risiko von Cyber-Attacken ist groß, die Aufgaben schwieriger.** Trotzdem muss zuverlässig für Virenschutz, Monitoring, Reporting und Dokumentation gesorgt werden!

 **Schön wär's, wenn wir die gesamte Verantwortung der IT abgeben könnten** – sogar den Betrieb aller Server, der virtuellen Maschinen mitsamt Fremdverfahren, Mailsystem und Arbeitsplatzrechner – einfach alles!

Wer macht das alles?

Das Next Generation Outsourcing macht das für Sie!

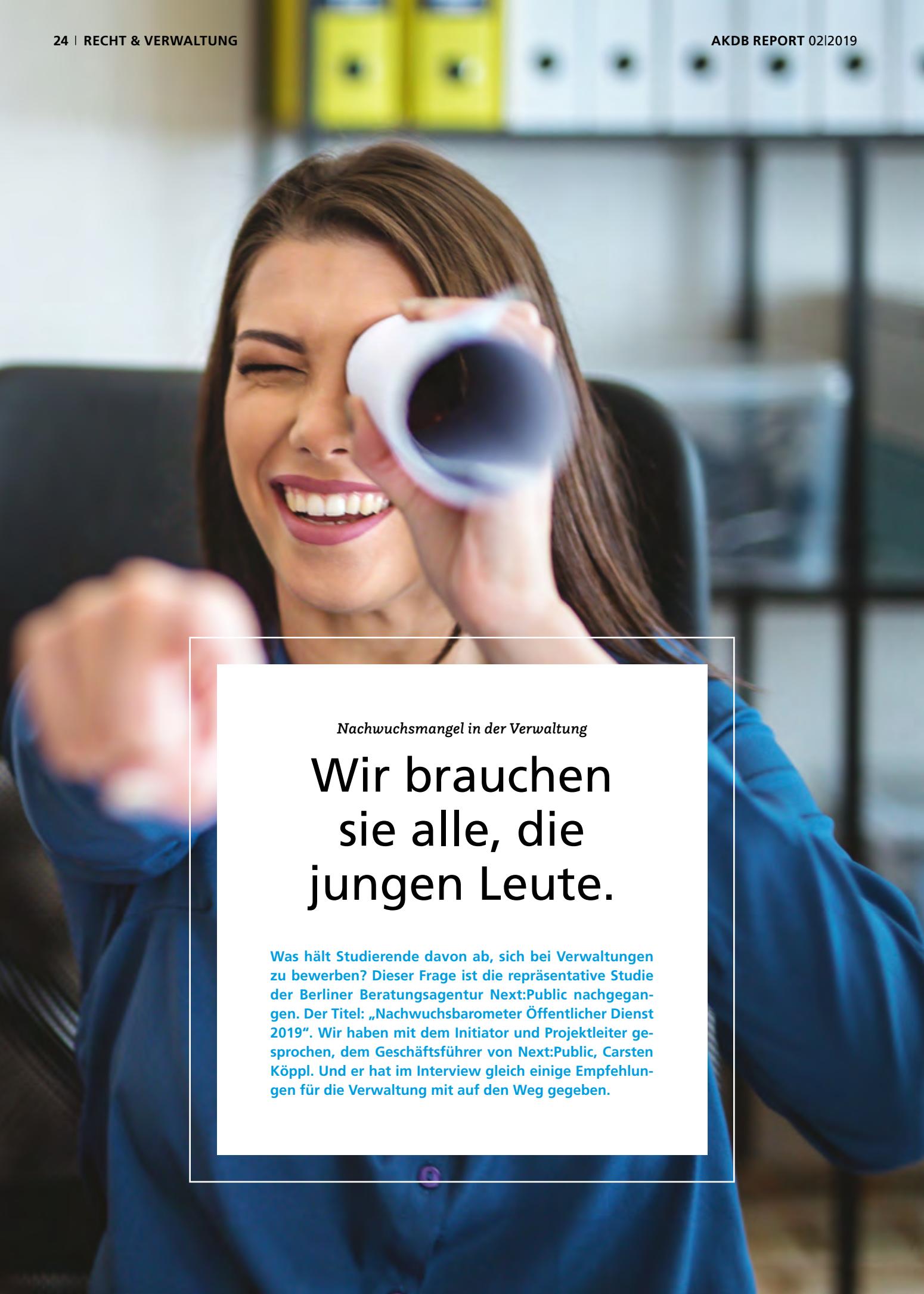
Wer macht das alles, und das sogar vor Ort?

 **Oh weh, in der Buchhaltung müssen wir jetzt bald nach Umsatzsteuerrecht buchen.** Aber uns fehlt das Know-how! Wer soll das fehlerfrei machen?

 **Es naht das Jahresende. Jetzt geht es in der Finanzverwaltung rund!** Aber wir sind unterbesetzt. Trotzdem muss die komplette Jahresrechnung gemacht werden! Inklusive Organisation, Abschlussbuchungen und Auswertungen!

 **Im Steueramt ist richtig viel los! Eine Sachbearbeiterin ist in Mutterschutz.** Und wir haben keinen Ersatz gefunden! Wer übernimmt nahtlos die laufende Fallbearbeitung, wer führt die Jahreshauptveranlagung durch? Und wer macht die Verbrauchsgebührenabrechnung?

Das Servicecenter Finanzwesen macht das für Sie!



Nachwuchsmangel in der Verwaltung

Wir brauchen sie alle, die jungen Leute.

Was hält Studierende davon ab, sich bei Verwaltungen zu bewerben? Dieser Frage ist die repräsentative Studie der Berliner Beratungsagentur Next:Public nachgegangen. Der Titel: „Nachwuchsbarometer Öffentlicher Dienst 2019“. Wir haben mit dem Initiator und Projektleiter gesprochen, dem Geschäftsführer von Next:Public, Carsten Köppl. Und er hat im Interview gleich einige Empfehlungen für die Verwaltung mit auf den Weg gegeben.

Carsten Köppl, gefragter Redner und Moderator, hier auf dem 3. AKDB Kommunalforum 2018

Herr Köppl, geben Sie uns eine gute Nachricht. Steht es wirklich so schlecht um den Nachwuchs in der öffentlichen Verwaltung?

C. KÖPPL: Ja und nein. Wir haben insgesamt an die 2.000 Studierende befragt. Die gute Nachricht: 58 Prozent können sich vorstellen, im öffentlichen Dienst zu arbeiten. Die Verwaltung punktet mit einem sicheren Arbeitsplatz und einem langfristigen Arbeitsverhältnis. Hohe Gehälter sind den Studierenden nicht so wichtig, dafür aber eine flexible und dynamische Arbeitskultur.

Wo liegt also das Problem?

Der Großteil interessiert sich für Stellen beim Bund oder beim Land. Nur 19 Prozent können sich dagegen überhaupt vorstellen, für eine Kommunalverwaltung zu arbeiten. Und das sind vor allem Verwaltungswissenschaftler und Soziologie/Sozialwesen-Studierende. Dahingegen streben nur etwa acht Prozent der Informatiker eine Beschäftigung bei einer Kommune an.

Was macht die öffentliche Verwaltung weniger attraktiv als andere Arbeitgeber?

Studierende haben klare Vorstellungen, was sie von einem Arbeitgeber erwarten: Es ist zum einen eine flexible Arbeitszeitgestaltung. Damit sind flexible Teilzeitmodelle gemeint. Extrem wichtig ist auch das Thema Talent Management. Studierende erwarten von einem Arbeitgeber heute, dass er individuelle Weiterbildungsmaßnahmen anbietet und konkrete Karriereperspektiven aufzeigt. 90 Prozent glauben nicht, dass Verwaltungen schnelle Karriereaufstiegschancen bieten. Und damit haben sie leider recht. Kommunen sollten mehr Karrieremodelle anbieten und starre Strukturen aufbrechen.

Wie sähen denn konkrete Schritte aus, um ein attraktiver Arbeitgeber zu werden?

Kommunalverwaltungen müssen künftig eine eigenständige Arbeitsweise fördern und mehr auf agile Arbeitsprozesse setzen. Wichtig wird zunehmend auch das mobile Arbeiten. Zum Beispiel Homeoffice-Modelle. So sind Studierende heute aufgewachsen: Sie sind orts- und zeitunabhängig erreichbar. Was spricht dagegen, von zu Hause aus auf eine E-Akte zuzugreifen oder eine E-Rechnung weiterzuleiten? Das alles wäre heute möglich. Und hätte nur Vorteile: keine Anfahrtszeiten, weniger Staus, weniger CO₂-Ausstoß.

Könnte man allein damit die fehlenden Informatikstudenten anlocken?

Natürlich nicht. Kommunen müssen ihnen auch eine hochmoderne IT zur Verfügung stellen. Das ist größtenteils auch schon passiert. Nur hält sich hartnäckig das Gerücht, die Kommunalverwaltung arbeite noch mit Griffel und Schiefertafel. Und da wären wir bei einem weiteren Verbesserungsvorschlag: Bei Stellenausschreibungen sollte man Einblicke gewähren und aufzeigen, welche modernen IT-Arbeitsmittel im Einsatz sind. Und hier gibt es einen weiteren wichtigen Punkt, wo die Kommunen ansetzen sollten: beim Rekrutierungsprozess.



Carsten Köppl ist Gründer und Geschäftsführer der Beratungsagentur Next:Public. Er berät Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen zu Fragen der Personalrekrutierung und Arbeitgeberattraktivität. Davor war er unter anderem Leiter der Berliner Redaktion des Behörden Spiegel. Als Experte für Personalmanagement, demografischen Wandel und Digitalisierung der Verwaltung hat er an zahlreichen Studien mitgewirkt, ist ein gefragter Redner und Moderator und war Gutachter im Förderprogramm „Kommune innovativ“ des Bundesforschungsministeriums.

„Ich glaube, man muss sich bewusst sein, dass es die Verwaltung ist, die sich bei den jungen Leuten bewirbt, nicht umgekehrt.“

Wie sähe denn ein moderner Rekrutierungsprozess aus?

Erstens könnten Kommunalverwaltungen viel mehr Praktika anbieten. Für Schüler und vor allem Studenten. Denn die Zahlen belegen: Studierende, die als Werkstudenten oder über Praktika schon mal Kontakt mit der öffentlichen Verwaltung hatten, streben später auch viel öfter in den öffentlichen Dienst. Außerdem sollte man den Bewerbungsprozess verschlanken und beschleunigen, z.B. mit webbasierten Bewerbermanagementsystemen. In maximal zwei bis drei Monaten muss der abgeschlossen sein. Besonders Informatiker, die ja in der freien Wirtschaft heiß begehrt sind, warten nicht lange. Die entscheiden sich für den Arbeitgeber, der schnell ein Angebot unterbreitet. Zudem ist es im öffentlichen Dienst immer noch so, dass der Bewerber zu einem ersten Gespräch eingeladen wird, an dem vier oder fünf Personen teilnehmen: jemand aus der Personalabteilung, der Personalrat, der Leiter der Fachabteilung und der Gleichstellungsbeauftragte. Das ist bürokratisch und wirkt einschüchternd. Und es verlangsamt den ganzen Prozess. Ich glaube, man muss sich bewusst sein, dass es die Verwaltung ist, die sich bei den jungen Leuten bewirbt, nicht umgekehrt.

Wie lange sollte eine Kommunalverwaltung sich Zeit lassen, bevor ein Bewerber kontaktiert wird?

Das Rote Kreuz zum Beispiel ist da teilweise recht fix, gezwungenermaßen: Fachkräfte in der Altenpflege sind noch seltener als Informatiker. Wenn sich mal ein Kandidat meldet, ruft bereits eine Stunde nach Eingang der Bewerbung der Fachabteilungsleiter an und macht einen Vorstellungstermin aus. Sie wissen: Wer zuerst kommt, hat die besten Chancen! Insgesamt müssen die gesamten Strukturen agiler werden. Das betrifft auch die starren Hierarchien. Silos müssen aufgebrochen, Hierarchien abgeflacht werden. Die Welt wird komplexer. Es gibt keinen Chef mehr, der alles weiß und alles kontrolliert. In Zukunft wird es kleinere Teams geben, die eigenverantwortlich Aufgaben lösen. Auch teamübergreifendes Austauschen und Zusammenarbeiten wird nötig sein. Genau das ist es auch, was agil und dynamisch denkende Studierende vom Arbeitgeber erwarten. Dasselbe gilt nach außen hin: Man müsste sich als Kommune vermehrt austauschen: mit Universitäten, mit Forschungseinrichtungen.

Der Fachkräftemangel ist ja auch der demografischen Entwicklung geschuldet. Wie können sich Kommunen diesbezüglich aufstellen?

Ich bin überzeugt: Personalmangel kann man entgegenwirken, indem Verwaltungen in eine dynamische Arbeitskultur investieren und diese auch nach außen kommunizieren – so werden sie als Arbeitgeber attraktiver. Darüber hinaus muss die interkommunale Zusammenarbeit gestärkt werden. Aber auch indem man zunehmend die eigene Arbeit outsourct. An externe Dienstleister. Die können Dienste aus dem Rechenzentrum bereitstellen: Software, Back-up, Restore und Cyberabwehr zum Beispiel. Das gilt aber auch fürs Personalwesen oder fürs Rechnungs- und Steuerwesen. Im Übrigen glaube ich, dass es zu einer Konsolidierung von IT-Dienstleistern kommen wird. Einige, die all das nicht anbieten können, werden verschwinden oder fusionieren.

Ein Schlusswort?

Wir brauchen nicht ausschließlich IT-Fachkräfte, Ingenieure oder Rechts- und Verwaltungswissenschaftler. Wir brauchen sie alle, die jungen verwaltungsaffinen Leute, die gemeinwohlorientierten und die agilen und dynamischen. Wir müssen sie alle zielgruppengerecht ansprechen und ihnen eine attraktive Arbeitskultur bieten. Wenn das nicht geschieht, dann werden wir riesige Probleme bei der Digitalisierung der Verwaltung, der IT-Sicherheit, aber auch beispielsweise bei der Baustellen- und Verkehrsplanung und in den sozialen Berufen bekommen. Es geht um unser aller Gemeinwesen! ■



Die gesamte Studie finden Sie unter www.nachwuchsbarometer-oeffentlicher-dienst.de

Übrigens: Bei Personalengpässen unterstützen auch die AKDB-Servicecenter. Mehr dazu ab Seite 22.



Sie klicken, wir drucken und versenden

Unter diesem Motto steht das neue Dienstleistungsangebot AKDB-Klickbrief, das den Kommunen ab Sommer 2019 zur Verfügung steht. Die AKDB bietet damit gemeinsam mit ihrem Partner, der Deutschen Post AG, den Verwaltungen eine einfache und kostengünstige Möglichkeit, um Druck- und Versandleistungen abzuwickeln.

Von einzelnen Dokumenten bis hin zu Massensendungen wie Steuerbescheiden, Verbrauchsabrechnungen, Serienbriefen und vielem anderen mehr – der AKDB-Klickbrief vereinfacht das Drucken und Versenden von Behördenpost und hilft dabei, Kosten einzusparen und die Mitarbeiter zu entlasten.

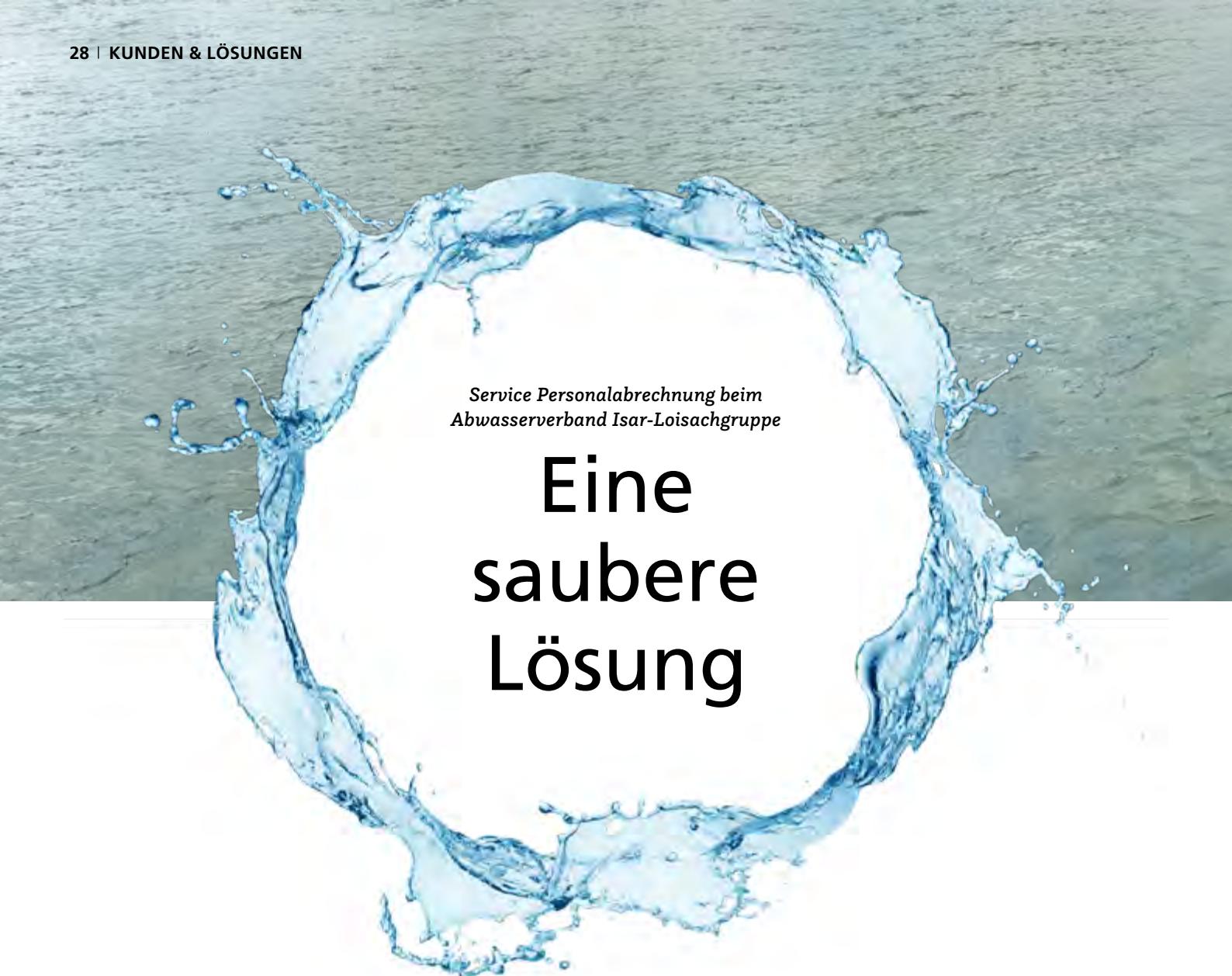
Die Dokumente werden einfach und schnell per Mausklick vom Arbeitsplatz an das AKDB-Rechenzentrum übermittelt und dort mittels leistungsfähiger Hard- und Softwaresysteme aufbereitet, frankiert, gedruckt, kuvertiert und bei der Deutschen Post zur Zustellung eingeliefert.

Eine manuelle Anpassung der in den Verwaltungen verwendeten Vorlagen oder Dokumente ist nicht mehr erforderlich. Die Datenquelle ist dabei unerheblich – unabhängig davon, ob es sich um eine Office-Anwendung, AKDB-Software oder Lösung von Drittanbietern handelt. Umfangreiche lokale Installationen vor Ort sind ebenfalls nicht erforderlich. Mittels einer leistungsstarken Software im AKDB-Rechenzentrum werden die Dokumente für den Versand aufbereitet und weiterverarbeitet. Auf Wunsch lassen sich mehrere Anschreiben

an einen Adressaten zu einer Sendung zusammenfassen, was ebenfalls Aufwand und Kosten spart. Anlagen können schlagwortbezogen hinzugestellt oder mithilfe eines angebrachten QR-Codes mit Online-Funktionalitäten angereichert werden.

Der Vorteil liegt auf der Hand: Neben den Einsparungen an Verbrauchsmaterialien wie Toner, Papier und Kuverts entfallen auch monotone und zeitaufwendige Tätigkeiten wie Falten und Kuvertieren der Dokumente. Die Mitarbeiter können diese Zeiten für wichtigere Aufgaben nutzen. Zusätzlich unterstützen und vereinfachen digitale Funktionen die manuellen Verwaltungsprozesse.

Die Verwaltungen behalten aber jederzeit und in jedem Prozessabschnitt die Hoheit über ihre Dokumente. Vor Versand kann die aufbereitete Behördenpost über eine moderne Web-Oberfläche überprüft und zum Versand freigegeben werden. Erst danach erfolgen Produktion und Zustellung der Sendungen. Datenschutz und Datensicherheit stehen dabei wie immer an erster Stelle. Die Verarbeitung erfolgt konform zur Datenschutz-Grundverordnung im öffentlich-rechtlichen Rechenzentrum der AKDB. ■



*Service Personalabrechnung beim
Abwasserverband Isar-Loisachgruppe*

Eine saubere Lösung

Der Abwasserverband Isar-Loisachgruppe betreibt die größte Kläranlage südlich von München. Fünfzehn Mitarbeiter kümmern sich 365 Tage im Jahr darum, dass das Abwasser von 55.000 Menschen und Gewerbe auf Badewasserqualität gereinigt wird. Das saubere Wasser wird anschließend in den Fluss Loisach eingeleitet. Um die administrative Arbeit zu verschlanken, hat der Abwasserverband beschlossen, die Gehaltsabrechnung auszulagern: an das Servicecenter Personalwirtschaft der AKDB.

Hört man Lorenz Demmel sprechen, so fallen oft die Worte: Disziplin, Durchhaltevermögen, Teamgeist. Kein Wunder: Der Geschäftsleiter des Abwasserverbands Isar-Loisachgruppe hat in seiner Jugend für die Eishockeymannschaft in Bad Tölz gespielt. Und er weiß: Nur mit vollem Einsatz kann

man Erfolge feiern. Sein eingeschworenes Team von 15 Mitarbeitern macht keineswegs nur Dienst nach Vorschrift. Zum Beispiel letzten Winter, als der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen drohte, im Schneechaos zu versinken. „Der anfallende Klärschlamm wird für die Produktion von Biogas genutzt. Dazu setzen wir Bakterien ein, die konstant bei 38 Grad beheizt werden müssen. Diesen Winter fiel aber unsere Heizungsversorgung aus. Die gesamte Bakterienmasse drohte zu erfrieren. Da hieß es plötzlich nicht mehr: Wer hat Dienst? Jeder musste raus. Es wurde eine Ersatz-Ölheizung organisiert, die mindestens einmal pro Woche betankt werden musste. In Katastrophenalarmregionen eine stabile Heizölversorgung zu bekommen, war nicht immer so einfach. Es war ein Kampf gegen Schneemassen und Kälte. Da haben wir alle Überstunden gemacht. Schließlich haben wir eine Entsorgungspflicht gegenüber dem Bürger!“

Immer im Einsatz

Umso dankbarer ist Demmel, dass er denselben Teamgeist auch beim Servicecenter Personalwirtschaft der AKDB wiederfindet, das seit Juli 2018 sämtliche Personalabrechnungen durchführt. „Die Lohnabrechnung des Abwasserverbands wurde früher in der Stadtverwaltung Geretsried gemacht. Jetzt ist sie in unserer Verantwortung. Und da wir hier keine Personalexperten haben“, so der studierte Chemiker und Physiker, „habe ich beschlossen, diese Aufgabe auszulagern.“ Warum die Wahl auf die AKDB fiel? Demmel kannte sie aus seiner Zeit im Landesamt für Umwelt. „Außerdem wurde mir die Anstalt von meinem Steuerberater empfohlen.“ Die Zusammenarbeit klappt reibungslos. Als Erstes wurden sämtliche Personaldaten auf einem Erfassungsbogen eingegeben und über die gesicherte Datenleitung TARweb an das Servicecenter gesendet: etwa Kontonummer, Vertragsart, TVöD-Gruppierung, Kirchenzugehörigkeit, Zusatzversorgung,



◀ Donaulachse brauchen besonders sauberes und sauerstoffreiches Wasser. Hier der Geschäftsleiter des Abwasserverbands Isar-Loisachgruppe Lorenz Demmel beim Aussetzen eines Exemplars in die Loisach.



Der Abwasserverband Isar-Loisachgruppe sorgt dafür, dass die von den Verbandsmitgliedern übernommenen Abwässer zur Kläranlage transportiert, dort im Sinne eines gezielten Umwelt- und Gewässerschutzes gereinigt und der Loisach wieder zugeführt werden. ▶

Namen der Krankenkasse etc. Anhand dieser Stammdaten und der monatlichen Informationen aus dem Zeiterfassungssystem erstellt das Servicecenter Personalwirtschaft monatlich die Lohnabrechnungen. Und schickt sie fertig kuvertiert zurück zum Abwasserverband – zusammen mit den Buchungsaufträgen. Ein Komplettservice, den Demmel nicht mehr missen will.

Hohe Fachkenntnisse im Personalwesen

Was er am meisten schätzt, ist die Flexibilität und Professionalität seines Ansprechpartners im Servicecenter. „Unsere AKDB-Betreuerin hat ein enormes Fachwissen, sie ist besser als jeder Jurist, Versicherungs- und Steuerberater, wenn es um Fragen rund ums Personal geht. Vor allem aber ist sie rund um die Uhr erreichbar“, schwärmt Demmel, der die Personalspezialistin des Servicecenters nur telefonisch kennt. Er weiß: Im Notfall kann er sie am Handy anrufen. Sogar einmal am Wochenende. „Letztes Jahr haben wir eine Schrecksekunde erlebt: Unsere Löhne wurden vom Finanzamt eingefroren, weil wir keinen Familienkassenschlüssel hatten. Da hat unsere Ansprechpartnerin im Servicecenter

am Sonntag manuell alles neu berechnet, in ELSTER eingegeben und ans Finanzamt geschickt. Dank unserer zuständigen Sachbearbeiterin konnte alles gelöst werden.“

Personalabrechnung und Beratung in einem

Obwohl der Abwasserverband eine überschaubare Anzahl von Mitarbeitern hat, gibt es eine ganze Menge „Personalvariablen“: Er beschäftigt Lehrlinge, Teilzeitkräfte, Minijobber und Mitarbeiter mit Rufbereitschaft oder mit Behinderung. All diese Variablen berücksichtigt das Servicecenter Personalwirtschaft bei der Gehaltsabrechnung. Außerdem erstellt es auch sämtliche Bescheinigungen, Statistiken und Auswertungen: Personalkosten-Hochrechnungen für die Planung des Jahresbudgets des Abwasserverbands oder Verdienstbescheinigungen für die Krankenkassen, damit Mutterschaftsgeld oder Krankengeld fließen. Und schließlich auch regelmäßige Personalstandstatistiken für das Bayerische Landesamt für Statistik.

In Zukunft noch mehr Personalbedarf

Überhaupt: Lorenz Demmel beschäftigt das Thema „menschliche Ressourcen“ sehr. Wie bei vielen Institutionen des öffentlichen

Dienstes wird künftig das Recruiting von neuen Mitarbeitern zunehmend problematisch. Das beweist ein Blick in die Zukunft der Abwassertechnik. „Es tut sich viel im Bereich der Kläranlagen. In Zukunft wird wohl neben mechanischer, biologischer und chemisch-physikalischer eine vierte Reinigungsstufe nötig sein.“ Denn immer mehr Substanzen belasten unser Abwasser – Hormone, Antibiotika, Mikroplastik. „In der Zukunft wird wohl eine Aktivkohlebehandlung oder eine Ozonierung notwendig sein. Und das erfordert den Bau neuer Gebäude, neue Geräte und auch neue Mitarbeiter.“ Demmel würde sich eine flexiblere Bezahlung im öffentlichen Dienst wünschen, um für Fachkräfte attraktiver zu sein. Im Moment ist er aber froh, dass erst einmal alle Stellen im Unternehmen besetzt sind. Und das Servicecenter Personalwirtschaft ihm einen großen Teil der Verwaltungsarbeit abnimmt. ■



Datenschutz-Grundverordnung: Gemeinde Pöcking nutzt Dienste der GKDS

Großprojekt Datenschutz: So nimmt man den Druck raus

In der Gemeinde Pöcking am Starnberger See hat man sich zeitig um die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung gekümmert – und einen externen Dienstleister beauftragt. Doch nach einem Jahr lag noch vieles brach. Die Geschäftsleitung zog die Reißeine und wechselte zur Gesellschaft für kommunalen Datenschutz (GKDS). Eine erste Bilanz.

Ins stand fest: Sven Neumann wollte sich von der Datenschutz-Grundverordnung nicht überraschen lassen. Bereits im Februar 2018 ernannte der Geschäftsleiter der Gemeinde Pöcking einen internen Datenschutzbeauftragten. Parallel dazu suchte er zusammen mit weiteren Gemeinden aus dem bayrischen Oberland einen externen Dienstleister, um bei der Implementierung der DSGVO unterstützt zu werden. Das Ziel: Am 25. Mai 2018 sollten alle Kommunen gewappnet sein für die Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung. Aber es kam anders.

Das A und O: Kompetenz und schnelles Reagieren

„Ein Dienstleister wurde zwar gefunden und beauftragt, aber nach einem Dreivierteljahr war noch keiner hier vor Ort gewesen und niemand hat die Schritte besprochen, die wir gehen mussten. Die Leistungen wurden nur teilweise oder gar nicht erbracht. Und E-Mails blieben unbeantwortet.“ Sven Neumann war sich bewusst, dass seine Verwaltung bei einer Überprüfung durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz viel riskierte. Denn nicht alle Vorgaben waren erfüllt. „Dank unseres internen Datenschutzkoordinators erfüllten wir zwar einige datenschutzrechtliche Anforderungen wie Beschreibungen der Verarbeitungstätigkeiten, Verpflich-

tungserklärungen, Auftragsverarbeitungen, Vertraulichkeitsrichtlinie, DS-Informationsblätter etc. Aber es fehlte vorweg die Bestandsaufnahme vor Ort durch den externen Datenschutzbeauftragten. Die ist extrem wichtig, um eventuelle datenschutzrelevante Missstände aufzudecken. Zudem fühlten wir uns bei der Umsetzung oft alleingelassen.“ Nach einem knappen Jahr beschloss Sven Neumann, den Vertrag zu kündigen.

Bereits vorausgefüllt: die Beschreibungen der Verarbeitungstätigkeiten

„Ich hatte zwar über den Vertriebsberater der AKDB bereits von der Existenz der GKDS gehört“, so Neumann, „aber ausschlaggebend für die Entscheidung war eine Veranstaltung im Landkreis Starnberg. Die GKDS stellte ihre Dienstleistungen vor und ihre Vorgehensweise. Was uns dabei besonders überzeugte, war einerseits die tiefe Fachkenntnis der GKDS, die als Tochtergesellschaft der AKDB bestens mit den Vorgängen in den Verwaltungen vertraut ist. Andererseits war klar, dass die Kosten transparent bleiben, da pauschal abgerechnet wird.“ Auch das angekündigte Projektmanagement schien von Anfang an strukturierter. „Die GKDS stellt Mustervorlagen bereit, die mit individuellen Inhaltsvorschlägen ausgefüllt sind. Das vereinfacht das Ganze. Genau das wurde uns vom vorherigen Dienstleister nämlich verwehrt.“



Richtige Prioritäten setzen

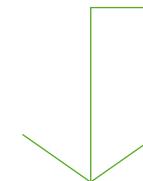
Das schrittweise Anleiten durch die GKDS empfindet Neumann bisher als sehr angenehm. „Unser Betreuer setzt die richtigen Prioritäten. So nimmt er dem Großprojekt Datenschutz ein wenig den Druck.“ Die Implementierung der Datenschutzvorgaben ist in Phasen aufgeteilt: Erst hat eine eingehende Bestandsaufnahme vor Ort stattgefunden. „Dabei wurde niedergeschrieben, was wir bereits in puncto Datenschutz umgesetzt haben und was noch ansteht. Des Weiteren wurden alle gemeindlichen Einrichtungen aufgelistet, die datenschutzrelevant sind. Zum Beispiel gibt es im Hallenbad eine Unterwassersicherheitsüberwachungsanlage, die datenschutzrechtliche Anforderungen mit sich bringt.“ Erst nach dieser detaillierten Bestandsaufnahme wird die schrittweise Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung in Angriff genommen.

Das Herzstück: die Kommunikationsplattform

„Damit wir am richtigen Ende anfangen, nutzen wir die webbasierte Kommunikationsplattform der GKDS“, erklärt Neumann. Auf der Kommunikationsplattform, zu der nur Gemeinde und GKDS Zugang haben, sind alle Aufgaben in Pakete verpackt. Sie werden sukzessive ganz selbstständig von der Gemeinde zusammen mit der GKDS abgearbeitet. Ist die Kommune mit einem ‚Paket‘ fertig, wird dies als ‚erledigt‘ in einen sogenannten virtuellen Aktenschrank verschoben. Auf der Plattform befindet sich dann die gesamte Dokumentation. „Wenn also in Zukunft eine Prüfung ansteht, sind wir auf der sicheren Seite.“ Der Plan ist, bis Ende 2019 die wichtigsten DSGVO-Anforderungen zu erfüllen, inklusive die Erstellung des Datenschutzkonzepts. Bisher gab es keine Kontrolle – und auch keine Datenschutzpanne. Aber sicher ist sicher, so Neumann, der sich besonders darüber freut, dass die GKDS ihn auch beim Erstellen eines Informationssicherheitskonzepts zur Erfüllung der Anforderungen des Art. 11 Abs. 1 Bayerisches E-Government-Gesetz unterstützt. Ab dem 1. Januar 2020 muss ein solches Informationssicherheitskonzept nämlich in jeder Kommune vorliegen. Bestmöglichen Datenschutz, so Neumann, kann er seinen Mitbürgern nur dann garantieren, wenn in der Verwaltung auch für höchste Informationssicherheit gesorgt ist. ■

„Was uns besonders überzeugte, war die tiefe Fachkenntnis der GKDS, die als Tochtergesellschaft der AKDB bestens mit den Vorgängen in den Verwaltungen vertraut ist.“

Sven Neumann, Geschäftsleiter der Gemeinde Pöcking



Die GKDS:

- Datenschutz und Informationssicherheit aus einer Hand
- Beständigkeit als Tochter der AKDB
- Projekterfahrung im kommunalen Umfeld
- qualifiziertes Personal mit Kommunalerfahrung
- einheitliche Dokumentation im virtuellen Aktenschrank
- persönliche Ansprechpartner

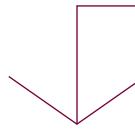
Ihr Partner für den kommunalen Datenschutz:
www.gkds.bayern

OK.JUS – moderne SYNERGO®-Software im Einsatz

Agile digitalisierte Jugend- und Sozialämter

Prozessoptimierung und Modernisierung sind im Kreisjugendamt und Amt für Soziales und Senioren des Landkreises Haßberge keine bloßen Allgemeinplätze. Daher der Entschluss, die bisherigen vier Verfahren durch ein einziges zu ersetzen: OK.JUS. Seit Januar 2019 ist die Software im Bereich Unterhaltsvorschuss und Jugendgerichtshilfe im Einsatz. Seitdem ist Haßberge das erste Jugendamt in Bayern mit einer Schnittstelle zum Integrierten Haushalts- und Kassenverfahren (IHV) beim Landesamt für Finanzen. Und das ist nur der Anfang ...





Fragt man Markus Deißler, warum sich das Kreisjugendamt und das Amt für Soziales und Senioren in Haßberge für die Komplett-Software OK.JUS entschieden haben, muss er weit ausholen. Bis ins Jahr 2014. Denn die Einführung der neuen Anwendung ist fester Bestandteil eines ambitionierten Projekts: das eines agilen, vollkommen digitalisierten Jugend- und Sozialamts. „Schon damals hieß unsere Mission: mehr Bürgerfreundlichkeit durch mehr Digitalisierung“, sagt der Bereichsleiter im Sozialamt, der zusammen mit Christina Schnös und Anja Utzmann vom Jugendamt das Vorhaben federführend begleitet. „Wir haben dem Projekt den Namen ‚neues Sozialwesen‘ gegeben. Die betroffenen Bereiche sind Personal, Organisation, IT und Netzwerke. In Zukunft soll es zum Beispiel eine Clearing-Stelle im Jugend- und Sozialamt geben. Hier können Bürger Anträge für alle Leistungsbereiche an einer Stelle abgeben. Gleichzeitig sollten die Mitarbeiter entlastet werden. Weniger Administration, mehr Sacharbeit. So lautete die Devise.

Eine Software für alle Belange

Nach konsequenter Planung des Großprojekts führen die Jugend- und Sozialämter 2015 ein Dokumentenmanagementsystem ein und später eine digitale Akte. Bis Ende 2021 sollen dann die vier bisherigen Fachanwendungen mit ihren unterschiedlichen Benutzeroberflächen und Schnittstellen durch eine einzige ersetzt werden: das SYNERGO®-Verfahren OK.JUS. Die Software bildet sämtliche Prozesse in den Ämtern ab. Um sich nicht zu verheben, startete die Kommune erst einmal mit der Einführung des OK.JUS-Moduls Unterhaltsvorschuss. „Die Jugend- und Sozialämter haben viele Bereiche, da wollten wir mit einem überschaubaren beginnen“, so Deißler. „Hier arbeiten nur vier der insgesamt fast 80 Mitarbeiter. Außerdem gab es beim Unter-

haltsvorschuss dringenden Handlungsbedarf: Bisher haben wir die Auszahlungsanordnungen auf Papier erstellt und an die Staatsoberkasse verschickt. Diesen Prozess wollten wir unbedingt digitalisieren.“ Aus ganz praktischen Gründen: Die Anzahl der Fälle ist rasant gestiegen. „Seit Juli 2017 sind Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr anspruchsberechtigt. Seitdem hat sich die Fallzahl verdoppelt“, so Fachwirtin Christina Schnös. „Heute bearbeiten wir 520 Fälle hier im Landratsamt.“

Gut geplant und schrittweise umgesetzt

Die Umstellung auf das Modul Unterhaltsvorschuss begann im August 2018. Als Erstes wurde das Programm installiert. „Dann wurden wir drei Admins geschult“, so Schnös, die für den Einführungszeitraum freigestellt wurde, um sich ganz dem Projekt zu widmen. „Anschließend führten wir Workshops mit den Sachbearbeitern durch, um die Arbeitsprozesse beim Unterhaltsvorschuss zu definieren. Schließlich haben wir die vielen Word-Dokumente eingebunden.“ Nach Überprüfung und Abnahme der Prozesse durch die AKDB wurden die Sachbearbeiter geschult. Und zum 18. Dezember 2018 war das Unterhaltsvorschuss-Modul einsatzbereit.“ Was sich leicht anhört, war nicht ohne Tücken. „Wir mussten einige Arbeitsschritte trennen. Etwa den Antrag auf

der einen und das Widerspruchsverfahren auf der anderen Seite. Dabei haben wir sehr eng mit der AKDB zusammengearbeitet“, so Schnös. Überhaupt ist sie überzeugt: Ohne stetigen Austausch auf Augenhöhe hätte die Umstellung nicht so reibungslos geklappt. Auch die Migration der Daten aus dem Altverfahren stellte sich recht komplex dar. Daten, die sich im Laufe der Jahre angesammelt hatten, mussten bereinigt, Formulare eingebunden, angepasst und überprüft werden.

Arbeitsprozesse zu 100 Prozent in der Software abgebildet

Auch einige individuelle Anpassungen wurden gemacht, damit die Programm-funktionen exakt den Arbeitsschritten im Amt entsprachen. Das Ergebnis? Christina Schnös freut sich besonders über die bessere Datenqualität. „Wir müssen zwar mehr Daten eingeben als früher. Das bedeutet aber im Umkehrschluss, dass wir am Ende des Jahres viel präzisere Statistiken erstellen können. Und zwar auf Knopfdruck. Früher haben wir umständliche Excel-Tabellen befüllt. Das ist jetzt vorbei.“ Markus Deißler schätzt die logisch und überschaubar angeordnete Datenfülle: Jede einzelne Fallhistorie ist jetzt detaillierter nachvollziehbar. „Ich sage zu den Kollegen immer: Irgendwann müsst ihr gar nicht mehr in den Akten nachschauen, denn alle Schritte zu einem ▶

Infos zu OK.JUS:

- schneller Überblick mit aussagekräftigen Berichten und Auswertungen
- Transparenz zu Arbeitsaufwand und Häufigkeit von Prozessen und Vorgängen
- einfache Datenmigration von Stamm- und Falldaten aus dem Vorgängerverfahren

Fall sind schon in OK.JUS in den Masken dokumentiert: Wann ist der Antrag gestellt worden? Wann war die Bewilligung? Welche Gelder sind ausgezahlt worden? Wann war die Inverzugsetzung? Wann ging das Anhörungsschreiben raus?"

Einzigartig in Bayern: die Schnittstelle zum Landesamt für Finanzen

Ein weiterer Vorteil von OK.JUS ist die digitale Anbindung an das Landesamt für Finanzen. Das zahlt den Unterhaltsvorschuss an den Elternteil aus. Die Sollstellung wird vom Jugendamt veranlasst und an das Landesamt weitergeleitet. Dies erfolgt über die IHV-Schnittstelle im Programm. Diese Schnittstelle ist bidirektional: Sollstellungen werden ans IHV geschickt und Informationen zu den IST-Einnahmen werden vom IHV ans Amt zurückgeschickt. Damit ist Haßberge das erste bayerische Jugendamt, das über eine digitale Schnittstelle mit dem integrierten Haushalts- und Kassenverfahren verbunden ist. „Früher haben wir das manuell gemacht“, so Deißler. Obwohl viel erreicht wurde, steht in nächster Zukunft noch einige Arbeit an. Bald wird das Modul „Beistandschaften“ und „Vormundschaften“ eingesetzt, danach folgt die Einführung im Bereich „Beurkundungen“. Im zweiten Halbjahr stehen die Bereiche „Wirtschaftliche Jugendhilfe“ und „Allgemeiner Sozialer Dienst“ an. Erst später die Module „Sozialhilfe“ und „Wohngeld“. Der Jugend- und Sozialbereich sei ein weit verästeltes Arbeitsgebiet mit vielen unterschiedlichen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen, sagt Deißler: „Toll ist, dass OK.JUS alle Prozesse in ihrer Gesamtheit abbildet. Inklusive E-Akte, Auswertungen und Statistiken.“ ■

Das Jugend- und Sozialamt der Zukunft

Deißler hat klar vor Augen, wie das Jugend- und das Sozialamt der Zukunft aussehen sollen. Einerseits soll der Bürger besseren und schnelleren Service bekommen – zum Beispiel durch immer mehr Online-Dienstleistungen. Andererseits sollen die Mitarbeiter sich ausschließlich auf ihre Fälle konzentrieren können. Damit dieser Wunsch Realität wird, entstehen neue Berufsbilder: „Wir werden ein Serviceteam Soziales aufbauen. Das sind vier bis fünf Leute, die sich ausschließlich um Statistiken, Controlling, Förderangelegenheiten, Haushaltsplanung und die Betreuung der Software OK.JUS kümmern.“ Eine Truppe mit strategisch-organisatorischen Aufgaben. Markus Deißler ist seit dreißig Jahren im Landratsamt tätig. Er weiß: Es ist gerade sehr viel im Umbruch. Change Management lautet das Gebot der Stunde. Umso mehr wissen er und seine Kolleginnen die Zusammenarbeit mit dem Projekt- und Entwicklungsteam der AKDB zu schätzen. „Dass die AKDB bei der Software-Entwicklung nicht nur auf unsere Wünsche und Bedürfnisse eingeht, sondern uns engmaschig begleitet, schult und berät, finden wir ausschlaggebend für den Erfolg unseres Plans: das Sozialwesen im Landratsamt Haßberge zukunftsfähig zu machen.“ ■

„Die AKDB geht nicht nur bei der Software-Entwicklung auf uns ein, sondern begleitet, schult und berät uns engmaschig.“

Markus Deißler, Bereichsleiter im Sozialamt Haßberge, und seine Mitarbeiterin Christina Schnös





Feuchtwangen nutzt Online-Dienst zur Kitaplatz-Bedarfsanmeldung

Antrag – Vergabe – Kitaplatz!

Es ist der Traum vieler Eltern: von zu Hause aus Kitas für ihre Sprösslinge auszusuchen und sich gleich auch noch anzumelden. Stressfrei, unkompliziert und sicher. Aber auch Kommunen, Träger und Einrichtungsleitung haben nur Vorteile durch die Kitaplatz-Bedarfsanmeldung im Bürgerservice-Portal. Wir haben sie alle in Feuchtwangen getroffen. Hier gibt es den Online-Dienst seit Anfang des Jahres als Pilotprojekt. ▶

Herr Bürgermeister, warum haben Sie sich für dieses Projekt und für den Online-Dienst Kitaplatz-Bedarfsanmeldung entschieden?

PATRICK RUH: Der Umfang, die Anforderungen und Aufgaben im Kinderbetreuungsbereich haben sich in den letzten 15 Jahren massiv verändert. Es geht nicht nur um Betreuung, sondern um pädagogische Bildung und Qualität, den Anspruch auf einen Platz, die gesetzliche Verantwortung als Träger, aber auch die zunehmende Unterstützung von Eltern in ihrem Erziehungsprozess.

Unsere Fachleute in den Kitas leisten sehr gute Arbeit, ebenso in der Verwaltung, und trotzdem müssen wir darauf achten, dass wir das zukünftig gut stemmen können. Wir haben hier in Feuchtwangen eine Expertenstelle geschaffen, welche die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Trägern bündelt und koordiniert. Mit der Kitaplatz-Bedarfsanmeldung suchten wir eine leicht bedienbare Software, die uns hilft, durch übersichtliches Vergabemanagement personelle Ressourcen gut einzuteilen. Denn schließlich ist der Fachkräftemangel überall. Es braucht also effiziente Methoden, um es dem Personal zu ermöglichen, seine Aufgaben im Sinne aller zu leisten. All diesen Anforderungen wird die Online-Kitaplatz-Bedarfsanmeldung professionell gerecht.

Warum fiel die Wahl auf die AKDB?

Die AKDB ist ganz nah am Anwender und versteht, was gebraucht wird. Wir empfinden die Kitaplatz-Bedarfsanmeldung der AKDB als sehr durchdacht und zielorientiert. Und da man bei der Entwicklung des Online-Dienstes mit den Kommunen eng zusammengearbeitet hat, konnte ein echter Mehrwert entstehen.

Gerade bei neuen Softwareprodukten kommt es oftmals bei der Einführung zu Schwierigkeiten. Bei diesem Projekt war dies nicht der Fall. Im Gegenteil: Alle Anwender, sei es in der Verwaltung, sei es in der Einrichtung, sind bestens damit zurechtgekommen. Aus diesem Grund möchten wir den Weg fortsetzen.



Karin Emmert, Walter Wiegner, Anika Fenn, Erster Bürgermeister Patrick Ruh, Anja Philippsen mit Sohn, Andrea Mischke (von links). Bild: Stadt Feuchtwangen

Herr Wiegner, Sie sind Hauptamtsleiter in Feuchtwangen. Was sind in der Praxis die größten Vorteile des neuen Online-Dienstes Kitaplatz-Bedarfsanmeldung?

WALTER WIEGNER: Der Dienst ist absolut übersichtlich und zeitsparend. Wir haben nun endlich in Echtzeit den Überblick, wie viele Kinder einen Betreuungsplatz benötigen. Derzeit sind über 160 Anmeldungen eingegangen. Heute müssen wir keine Doppelanmeldungen mehr aussortieren und sparen uns wertvolle Zeit beim Vergabeprozess. Aber vor allem können wir uns jetzt rechtzeitig über Platzerweiterungen

Gedanken machen. Das Programm ist unkompliziert, leicht zu bedienen und für alle verständlich. Außerdem haben wir „echte“ Zahlen. Das bedeutet, die Einrichtungsleitungen müssen uns nicht erst melden, dass eine Anmeldung abgegeben wurde. Alles steht online.

Besonders praktisch: Anmeldungen gehen nach einem „Anmeldezeitraum“ ein. Gerade auch Themen wie „Korridorkinder“ behalten wir so besser im Blick. Die Kitaplatz-Bedarfsanmeldung kam zur richtigen Zeit.



ANIKA FENN (Sachbearbeiterin im Hauptamt): Die Zentralisierung ist ein absoluter Vorteil. Da wir jetzt als Verwaltung alle eingegangenen Bedarfsanmeldungen einsehen können, haben wir stets den tagesaktuellen Überblick. Außerdem sind nun Kommunikationswege kurz. Dank Bemerkungsfelder sehen alle, die von einer Anmeldung betroffen sind, auch sofort alle entsprechenden wichtigen Informationen. Auch wenn wir einen Platz noch nicht zuteilen konnten, erhalten die Eltern von uns eine Mitteilung, dass wir um einen vergleichbaren Platz bemüht sind. Und wenn dann der Platz verteilt werden konnte, wird wieder unkompliziert das Anschreiben per Mausklick versandt. So sparen wir viel Zeit und garantieren eine transparente Kommunikation.

Ein Problem bei der Kitaplatzsuche sind ja die Doppelt- und Dreifachmeldungen ...

KARIN EMMERT (Einrichtungsleitung, evangelischer Kindergarten Sandweg): So ist es. Jetzt müssen wir dagegen keine stundenlangen Abgleiche mehr machen, um zu sehen, ob sich Eltern mehrfach angemeldet haben. Jede Einrichtung sieht auf einen Blick, für welche Kitas sich die Eltern interessieren. Wir können so kompetent Plätze vergeben und sind auch untereinander bestens vernetzt. Die Zusammenarbeit mit der Stadt ist noch engmaschiger geworden. Toll ist auch, dass ich alle relevanten Informationen zu einem Kind auf einen Blick sehe. Alle Kriterien werden mir sofort angezeigt und ich kann so ohne Aufwand verantwortungsbewusst die Zuteilungen durchführen.

Und wie sieht es mit dem Handling aus?

Erstens brauche ich jetzt keine Excel-Tabellen mehr führen und diese irgendwo abspeichern. Der einfache Datenübertrag in mein Kitaverwaltungsprogramm spart mir wertvolle Zeit. Und die ist in unserer Arbeit oft sehr knapp. Aber das Tollste ist, dass ich kein Computer-Experte sein muss, um mich zurechtzufinden.

Dadurch, dass ich die Platzvergabe frühzeitig abschließen kann, kann ich mein Personal entsprechend früh planen. Das finde ich einfach nur klasse.

Frau Philippse, wie haben Sie als Mutter die Registrierung Ihres Kitaplatz-Bedarfs über das Bürgerservice-Portal von Feuchtwangen empfunden?

ANJA PHILIPPSEN (Mutter von zwei Kindern): Ich kenne ja beide Formen: die analoge und die digitale. Bei meinem ersten Kind bin ich in die Kindergärten gegangen und habe meine Anmeldungen abgegeben. Selbstverständlich sollte man sich die Kitas auf jeden Fall immer vorher ansehen. Erst dann kann man entscheiden, welche Kitas infrage kommen. Freilich hat man so seine Wunsch-Kita, aber ich verstehe, dass man im Online-Dienst mehrere Prioritäten angeben muss, und da habe ich gar nicht drüber nachgedacht. Und dann ist es natürlich viel einfacher, die Anmeldung von zu Hause aus zu machen. Erst musste ich mich ein wenig durchklicken, das ist ja normal, wenn man etwas zum ersten Mal macht. Trotzdem war es nicht schwer.

Was mussten Sie denn konkret tun?

Ich habe einmalig die Daten eingegeben und eine entsprechende Bestätigungsbenachrichtigung erhalten. Ich war mir sicher, dass die Fachleute das schon richtigmachen. Und ich wusste, zu welchem Zeitpunkt das Anschreiben zur Platzvergabe kommt. Es war etwas ungewohnt, dass dies in dem Postfach des Bürgerservice-Portals liegt. Aber das ist natürlich richtig, da so die Daten geschützt sind. Aber es war kein Problem und ich freue mich riesig, dass ich jetzt bereits die Zusage für den Kitaplatz für meinen kleinen Sohn habe! ■

„Wir empfinden die Kitaplatz-Bedarfsanmeldung der AKDB als sehr durchdacht und zielorientiert.“

Patrick Ruh,
Bürgermeister von
Feuchtwangen

kommIT feiert zwanzigjähriges Jubiläum

Immer das Ohr am Markt

Kollegen, Ex-Kollegen, Business-Partner und Lieferanten trafen sich am 24. Mai 2019, um das zwanzigjährige Bestehen der kommIT GmbH zu feiern. Das Tochterunternehmen der AKDB mit Sitz in Köln konnte auf 20 Jahre Erfolge zurückblicken – und freut sich auf spannende Aufgaben in der Zukunft.



Mitarbeiter der kommIT halten auch nach 20 Jahren die Fahne hoch.

1999, im selben Jahr, als in Köln der Weltwirtschaftsgipfel der G8-Staaten stattfand, gründeten Dataport (damals noch die Datenzentrale Schleswig-Holstein) und die AKDB die kommIT GmbH. Das gemeinsame Ziel: Dienstleistungen und Software der AKDB auch im außerbayerischen Markt anzubieten. Egal ob Consulting, Projektmanagement, Installation, Einführungsunterstützung, Schulungen, Workshops und laufende Betreuung: Auf all diese Angebote konnten sich fortan Kommunen in ganz Deutschland verlassen. Schnell wuchs

die Liste der Kunden – darunter Großstädte wie Köln, Düsseldorf, Essen, Hamburg, Hannover oder Bochum. Aber auch kommunale Dienstleister wie das KRZ Minden-Ravensburg-Lippe oder die ITEBO GmbH oder die kdvz Rhein-Erft-Rur bieten mittlerweile Verfahren aus der OK-Generation an. Diese zwanzig Jahre Wachstum und Kundenprojekte wurden am 24. Mai im Kölner Rheinauhafen gefeiert – inklusive Musik und nächtlichem Feuerwerk. Circa neunzig Gäste folgten der Einladung in die ehemalige Hafenanlage in der Kölner Südstadt.

Ein gesunder Wettbewerb – und zukunftsfähige Software

Dass die kommIT sich als ernst zu nehmender Player in Deutschland etablieren konnte, erschien 1999 ein wahres Wagnis, wie AKDB-Vorstand Rudolf Schleyer in seiner Rede festhielt, denn das Millennium stand vor der Tür, und mit ihm die Panik, dass die globalen und kommunalen Computersysteme zusammenbrechen würden. Aber der sogenannte Millennium-Bug bescherte dem EDV-Zeitalter keinen dramatischen Untergang, ganz im Gegenteil. Schleyer



„Die kommIT hat in den letzten zwanzig Jahren für einen gesunden Wettbewerb unter kommunalen IT-Dienstleistern gesorgt.“

Andreas Hoffström,
Geschäftsführer

dankte dem Geschäftsführer und den Mitarbeitern der kommIT: „Dank Ihres tagtäglichen Engagements sind heute AKDB-Kernverfahren bundesweit im Einsatz und wir können nicht nur zahlreiche kleine und mittlere Kommunen außerhalb Bayerns, sondern auch eine Vielzahl von Landeshauptstädten, Großstädten und Landkreisen in ganz Deutschland bei der Digitalisierung ihrer Verwaltung maßgeblich unterstützen“, so Schleyer. Der Geschäftsführer der kommIT Andreas Hoffström hielt seinerseits in seiner Ansprache fest, dass sein Unternehmen sich in zwanzig Jahren im Markt Respekt verschafft habe und gleichzeitig für einen gesunden Wettbewerb unter kommunalen IT-Dienstleistern sorge. Auch in die Zukunft blicke die kommIT voller Zuversicht. Denn das E-Government-Gesetz und das Onlinezugangsgesetz und nicht zuletzt der demografische Wandel machten die Anforderungen an die kommunale IT immer komplexer. Eine Antwort auf diese Herausforderungen könne nur durch kompetente und spezialisierte Dienstleister wie AKDB, kommIT und ihre Rechenzentrumspartner gegeben werden. ■

„Immer das Ohr am Markt – das bleibt unser Motto. Dabei steht der persönliche Kundenkontakt im Mittelpunkt unserer Arbeit, egal ob kleine Gemeinde, Landkreis, Großstadt oder kommunaler Dienstleister.“

Valentine Höhn, Abteilungsleiterin
Vertrieb und Marketing

„Die kommIT-Erfolge sind in erster Linie auch die Erfolge der kommIT-Mitarbeiter!“

Thomas Völlmecke, Fachliche
Koordinierungsstelle OK-Verfahren

„In meinen ersten fünf Monaten bei der kommIT habe ich erlebt, mit wie viel Engagement und persönlichem Einsatz die Kolleginnen und Kollegen jeden Tag ihren Job machen!“

Sigrid Wischer, Abteilungsleiterin
Produkte und Dienstleistungen

„In den vergangenen zwanzig Jahren kommIT gab es in der Entwicklung von Systemen gefühlt einen Quantensprung. Auch Sicherheitsanforderungen und Datenschutz stellen uns immer wieder vor neue Aufgaben.“

Barbara Schiller, Abteilungsleiterin
Finanzen und Controlling

2019



Ab Oktober 2019: i-Kfz Stufe 3 ersetzt bisherige Stufe 1 und 2

Ein Auto zulassen, ohne Schlange zu stehen

Die vom Bundesverkehrsministerium beschlossene dritte Stufe des Projektes i-Kfz steht in den Startlöchern. Der Fachdienst Internetbasierte Fahrzeugzulassung (i-Kfz Stufe 3) im Bürgerservice-Portal der AKDB wird die Leistungen der vorherigen Stufen 1 und 2 umfassen und diese um viele Funktionen erweitern.

Endlich ist es so weit! Der gesamte Lebenszyklus eines Fahrzeugs kann ab Oktober 2019 online abgebildet werden – von der Erstanmeldung über die Umschreibung, den Halterwechsel inklusive Kennzeichenmitnahme bis hin zur Abmeldung. Der neue Fachdienst i-Kfz Stufe 3 löst demnach die bisherigen beiden Fachdienste ab: Neben den Anträgen aus der Medienbruchfreien Außerbetriebsetzung (i-Kfz Stufe 1) und der Medienbruchfreien Wiederzulassung (i-Kfz Stufe 2) beinhaltet der neue Fachdienst Anträge für eine Umschreibung, Adressänderung eines Halters oder eine Neuzulassung. Neu: Die Wiederzulassung wird auch möglich bei

Wechsel des Halters bzw. des Zulassungsbezirks. Außerdem ist eine Kennzeichenmitnahme bei Halterwechsel möglich. Für einige Vorgänge erfolgt jetzt sogar ein vollkommen automatisierter **Verwaltungsakt** – direkt im Bürgerservice-Portal. Das gilt für **Außerbetriebsetzung, Umschreibung bei Kennzeichenbeibehalt und Adressänderung**. In letzteren zwei Fällen wird ein sofortiges Losfahren möglich. Voraussetzung: Der Fachdienst sieht sämtliche Vorprüfungen als bestanden an und es liegt ein Zahlungseingang vor.

Große Zeitersparnis für den Bürger

Wie funktioniert etwa das „sofortige Losfahren“ genau? Nachdem der Bürger über seine eID den Antrag gestellt hat, kann er sich im Bürgerservice-Portal einen Online-Bescheid als PDF-Datei ausdrucken. Gleichzeitig schreibt der Fachdienst den Zulassungsvorgang direkt beim KBA in das zentrale Fahrzeugregister. Der Verwaltungsakt ist somit vollzogen. Der Bürger muss den ausgedruckten Bescheid mit seinem Fahrzeug führen und darf dann bei einer Umschreibung oder Adressänderung sofort

losfahren. Die Zulassungsbehörde wird dem Nutzer im Anschluss eine neue Zulassungsbescheinigung I und Zulassungsbescheinigung II zuschicken, die den selbst ausgedruckten Online-Bescheid ersetzt.

Enorme Entlastung für die Verwaltung

Komfortabel ist i-Kfz Stufe 3 nicht nur für Bürger. Auch für die Verwaltung wird vieles einfacher. Sie wird deutlich entlastet. So fällt bei jedem einzelnen automatisierten Verwaltungsakt der Erfassungsaufwand für die Sachbearbeitung weg. Trotzdem sind höchste Sicherheit und Nachvollziehbarkeit garantiert. Denn die einzelnen Prozessschritte werden mit Zeitpunkt und Ergebnis sowie gegebenenfalls mit fachlicher Referenz nachgewiesen, wie beispielsweise die Kommunikations-ID bei der Kfz-Haftpflichtversicherung.

Das Beste: Egal, ob eine Verwaltung die AKDB-Software OK.VERKEHR einsetzt oder nicht: Dank standardisierter Vorgänge ist der Fachdienst i-Kfz Stufe 3 des Bürgerservice-Portals auch mit anderen Fachverfahren kompatibel. ■



„Bits, Bytes und Bleistifte“

Interview mit Shubhangi Hote, Software-Entwicklerin E-Government (32 Jahre)

Seit August 2018 arbeitet Shubhangi Hote als Entwicklerin in der AKDB-Geschäftsstelle in Regensburg. Die gebürtige Inderin ist der Liebe wegen von Mumbai nach Bayern gezogen. Ihre Tätigkeit als Frontend-Entwicklerin des Bürgerservice-Portals liebt sie sehr. Aber sie hat noch eine andere Leidenschaft ...

„Die ersten Worte, die ich gelernt habe, sind ‚Servus‘, ‚Schmarrn‘ und ‚freilich‘.“

Shubhangi Hote,
Software-Entwicklerin
E-Government

Frau Hote, wie lange leben Sie schon in Deutschland und was hat Sie hierher verschlagen?

HOTE: Ich lebe seit vier Jahren in Bayern. Ich bin direkt aus Mumbai hergezogen. Als ich meinen Mann kennengelernt habe, lebte er schon hier. Er hat nämlich in Deutschland studiert und dann ein gutes Jobangebot bekommen.

Und was haben Sie in Mumbai studiert?

Ursprünglich bin ich Ingenieurin der Elektrotechnik. Im Rahmen eines Kurses mussten wir Roboter programmieren. Mein Team hat den ersten Preis gewonnen. Da hat mich die Leidenschaft für Software-Engineering gepackt. In Indien habe ich in der Software-Entwicklung einer großen Druck- und Verpackungsfirma gearbeitet.

Wie sind Sie überhaupt auf die AKDB aufmerksam geworden?

Aus purem Zufall: Ich habe in Regensburg für ein Unternehmen gearbeitet, das Ersatzteile für die Automobilindustrie fertigt. Dessen Sitz ist in der Nähe der AKDB. Ich bin aus Neugierde auf die Website der AKDB gegangen. Ich fand das Thema sehr spannend. Und als ich gesehen habe, dass es eine Vakanz als Software-Entwicklerin E-Government gab, habe ich mich sofort beworben. Und am 1. August 2018 habe ich den Job angetreten.

Was genau ist denn Ihre Aufgabe bei der AKDB?

Ich bin JavaScript Frontend-Entwicklerin. Das heißt, ich arbeite an der Programmierung der browserseitigen Single-Page Web Applications des Bürgerservice-Portals.

Wie weit ist das E-Government überhaupt in Indien? Ist die Digitalisierung der Verwaltung auch so ein großes Thema?

Ja, und in der Tat wurden auch schon Schritte dahin unternommen! Jeder Bürger verfügt über eine eindeutige Identifikationsnummer auf seiner sogenannten „Aadhar“-Karte für Behördengänge, und die Regierung plant zusätzlich die Einführung eines biometrischen Personalausweises. Damit kann man sich ausweisen, Bankgeschäfte abwickeln und sich in Zukunft sicher authentifizieren. Natürlich wird auch das Thema Smart City ganz großgeschrieben. In Indien wurde bereits ein Smart-City-Pilotprojekt gestartet. In Zukunft sollen ▶

„Servus“



diese Smart Cities ganz ohne Bargeldzahlungen funktionieren. Und es gibt die Initiative „Digital India“, eine Kampagne, die von der indischen Regierung ins Leben gerufen wurde, um den Bürgern die Dienstleistungen der Regierung elektronisch zur Verfügung zu stellen. Auch eine Art BayernPortal gibt es bereits landesweit.

Von Mumbai nach Bayern – ist das nicht ein Kulturschock?

Die Menschen sind hier genauso freundlich wie in Indien, aber es dauert eine Zeit, ihr Vertrauen zu gewinnen, was auch an der Sprachbarriere liegen mag. Mein Deutsch ist noch nicht so gut, und wenn Kollegen und Kunden anfangen, auf Bayrisch zu diskutieren, verstehe ich kaum etwas.

Können Sie schon ein paar Brocken Bayrisch?

Die ersten Worte, die ich gelernt habe, sind „Servus“, „Schmarrn“ und „freilich“. Und mein allererster Satz war: „Habe die Ehre!“

Was mögen Sie sonst an Bayern?

Oh, vieles: als Erstes die Leute, und dass sie so an ihren Traditionen und Bräuchen hängen. Die Volksfeste mag ich auch, und dass man dann vor guter Laune auf den Bänken tanzt. Ich gehe gerne auf solche Veranstaltungen. Ich trage auch unheimlich gerne Dirndl. Außerdem liebe ich die Landschaft, die Berge, die Seen. Ich bin jedes Wochenende in der Natur unterwegs.

Was machen Sie sonst noch gerne in Ihrer Freizeit?

Ich zeichne leidenschaftlich gerne. Mit Bleistiften. Es ist eine kreative, wunderbar entspannende Tätigkeit.



„Ich zeichne leidenschaftlich gerne. Mit Bleistiften. Es ist eine kreative, wunderbar entspannende Tätigkeit.“



Welche Motive zeichnen Sie am liebsten?

Oh, ganz traditionelle, romantische Motive, die Emotionen transportieren: eine junge Frau, die auf ihren Verlobten wartet. Oder zwei gute Freundinnen. Ich plane sogar eine eigene Website mit meinen Arbeiten.

Welchen Zukunftstraum haben Sie?

Sie meinen, außer der Tatsache, dass ich mein Wissen perfektionieren und später eine verantwortungsvolle Position im Job erreichen möchte? Ich träume davon, meine Zeichnungen ausstellen zu dürfen. Das wäre eine wunderschöne Genugtuung.

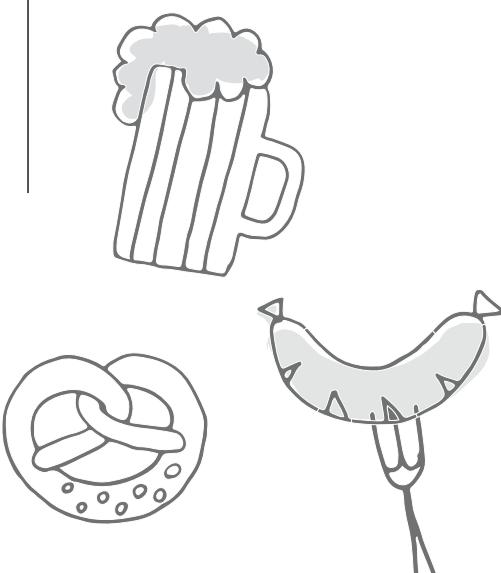
In zwei, drei Adjektiven: Wie würden Sie sich charakterisieren?

Ich bin sehr neugierig und ungeduldig, ich bin ehrlich. Und kreativ. Und ich bin magisch angezogen von allem Neuen. Deswegen mag ich die Arbeit bei der AKDB so sehr: Ich mag es, in einem Unternehmen zu arbeiten, das komplett auf agile Produktentwicklung setzt wie Scrum oder Kanban. Und allerneueste Open-Source-Technologien nutzt: Das ist die Zukunft!

Frau Hote, herzlichen Dank für das Gespräch!

„Habe die Ehre!“

Shubhangi Hote ist in Mumbai groß geworden. Sie ist Ingenieurin der Elektrotechnik, hat aber bereits während des Studiums ihre Leidenschaft für die Software-Entwicklung entdeckt. Wenn sie nicht Web-Oberflächen für das Bürgerservice-Portal entwickelt, liebt sie es, zu zeichnen, Dirndl zu tragen und an der Optimierung ihres bayrischen Wortschatzes zu arbeiten.



Lesen Sie im nächsten Report unter anderem ...

... über den TERA Vertragsmanager. Kommunalverwaltungen müssen eine Vielzahl an Verträgen zu ihren Liegenschaften verwalten, Laufzeiten berücksichtigen und die Übersicht behalten. Wir sprechen mit Thorsten Schmöller von der Stadt Osterhofen über den TERA Vertragsmanager und dessen Vorteile.



... über die KOMMUNALE 2019. Im Oktober findet die wichtigste deutsche Fachmesse für Kommunalbedarf statt. 2017 waren 2.000 Besucher an den AKDB-Stand gekommen. In der nächsten Ausgabe fassen wir die interessantesten Diskussionen und gefragtesten Präsentationen noch einmal zusammen.

... über OK.JUS im saarländischen Landkreis Saarlouis. Immer mehr Verwaltungen arbeiten mit der neuen Jugend- und Sozialamtsssoftware OK.JUS. Vertreter des Landratsamtes erzählen über Herausforderungen in der Einführungsphase und warum sich der Einsatz des Fachverfahrens auf alle Fälle lohnt.



Impressum

AKDB REPORT | Magazin für Kommunen
32. Jahrgang, Heft 02 | 2019

Inhaber und Verleger

AKDB · Anstalt des öffentlichen Rechts
Hansastraße 12–16, 80868 München
Tel.: 089 5903 0, E-Mail: presse@akdb.de

Herausgeber

Rudolf Schleyer
Geschäftsführender Direktor, Tel.: 089 5903 1750
E-Mail: rudolf.schleyer@akdb.de

Redaktion

Wolfram Weisse (verantwortlich)
Tel.: 089 5903 1516
E-Mail: wolfram.weisse@akdb.de
Andreas Huber, Tel.: 089 5903 1294
E-Mail: andreas.huber@akdb.de
Susanne Schuster, Tel.: 089 5903 1891
E-Mail: susanne.schuster@akdb.de
Claudia von der Brüggen, Tel.: 089 5903 1835
E-Mail: claudia.brueggen@akdb.de

Konzept & Design

balleywasl.muenchen GmbH

Bezugspreis

Bei Einzelbezug 7,50 EUR.
Für Kunden der AKDB ist der Bezug kostenlos.

Nachdruck nur mit Genehmigung der AKDB. ©2019 AKDB

Bildnachweise: Titelbild: iStock/serdjophoto (Bild Handy), Seite 3: AKDB, Seite 4: AKDB, Seite 5: AKDB (Comiczeichnung), NürnbergMesse GmbH (Bild rechts), iStock/aklionka (Superman), Seite 6: AKDB, Seite 7: AKDB (oben links), AKDB (unten rechts), Seite 8/9: Bundeskanzleramt (Dr. Plate), iStock/Varijanta (Illustration), iStock/Forgorgun (Hintergrundstruktur), Seite 10/11: AKDB/AdobeStock/venimo, skypicstudio (Illustration), Seite 12/13: AKDB/Simone M. Neumann (Podium, Gruppenbild), AKDB/XXX (Foto rechts), Seite 14/15: iStock/Orbon Alija, Seite 16–19: AKDB/bildhelden, Thomas Jussenhoven-Holz (Comiczeichnungen), NürnbergMesse GmbH (Messefotos), Seite 20/21: Wikipedia/Gemeinde Ahorn (Illustration), Gemeinde Ahorn (Foto rechts), Seite 22/23: iStock/aklionka (Superman), Wimmelbild: iStock/aklionka (Superman), iStock/Tarik Tolunay (Vögel), iStock/kolotuschenko (AKDB-Zentren), iStock/mushakesa (Personen/Hilferuf-Frau), iStock/OstapenkoOlena, Dilen_ua (Rathausschreier) (Rathausschreier), iStock/tarras79 (Rathäuser), iStock/AlfazetChronicles (Park), iStock/aklionka (Personen), iStock/Irina_Strelnikova (Parkbänke), iStock/Oksana Latysheva (Personen), iStock/Artis777 (Bäume, Autos, Straßen, Ampeln, Blumen, Abfalleimer), iStock/mathisworks (Personen mit Berufen), Seite 24/25: iStock/FluxFactory, AKDB/Mathis Beutel (rechts) Seite 27: iStock/Wavebreakmedia (links), AdobeStock/Paco Ayala (Mitte), iStock/kzenon (rechts), Seite 28/29: AKDB (Abwasserzweckverband und Isar-Loisachgruppe), Seite 30/31: iStock/grandeduc (Illustration), Seite 32–34: iStock/zorandimzr (Skateboard), AKDB (rechts unten), Seite 35: iStock/Nomad, Seite 36/37: Stadt Feuchtwangen Seite 38/39: Niki Siegenbrück – Foto & Grafik, Köln – www.siegenbruck.de, Seite 40: iStock/gerenome, Seite 41: AKDB/ Philipp Gülland (Porträt), iStock/SvetlanaKurako (Illustration Hut), iStock/yulianas (Illustration Mumbai), Seite 42: iStock/samsonovs (Zeichenblock), Shubhangi Hote (Zeichnung auf Block), iStock/SvetlanaKurako (Illustration), Seite 43: iStock/Francesco Scatena (Lageplan), Wikipedia/Osterhofen Wappen, AKDB/bildhelden, Thomas Jussenhoven-Holz (Comiczeichnung mitte), iStock/Meinzahn (Flussbild rechts), Seite 44: AKDB/bildhelden, Thomas Jussenhoven-Holz (Comiczeichnung)



AKDB